

$\frac{1}{20}$
 $\frac{16}{4,90\text{€}}$

LIBERALE PERSPEKTIVEN

Zeitschrift für Gesellschaft und Moderne





Hans-Dietrich Genscher

*** 21. März 1927 31. März 2016**



Guido Westerwelle

*** 27. Dezember 1961 18. März 2016**

1- 2016
INHALTSVERZEICHNIS

Editorial	03
Impressum	26
Bericht der LHG	41
Neues aus dem VLA	55
Bücherschau	57

04
ZEITGESPRÄCHE
**Anfänge des VLA
mit Barthold Witte**
geführt von K. Sprott und B. Bremer

13
ZEITGESPRÄCHE
**Die „Schollwer-Papiere“
ein Beitrag zur
deutschen Geschichte**
geführt von Sven-Oliver Wolff

21
ESSAY
**SmartCity – ein Beitrag
zur Nachhaltigkeit**
von Dr. Ralf-Rainer Piesold

27
GESPRÄCH
**Bedeutung der Nachhaltigkeit
in der FDP**
*mit Nicola Beer, MdL
(Generalsekretärin der FDP)*

34
ESSAY
**Der Weltklimagipfel und seine
Umsetzung**
von Dieter Niewierra

37
LIBERALES DENKEN
**Festvortrag zum
60-jährigen Jubiläum
des VLA in Berlin**
von Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

41
LIBERALES DENKEN
Der Weg in die Einheitsschule
von Dr. Matthias Bürger

45
ARCHIV
**(M)Eine Betrachtung zu 60
Jahre VLA**
von Peter Juling

DAMALS HEUTE MORGEN

Mit dieser speziellen Jubiläumsausgabe zum 60-jährigen Bestehen des Verbandes Liberaler Akademiker (VLA), möchten wir Ihnen, liebe interessierte Leser, Beiträge in Form von Meinungen aber auch Fachbeiträgen von u.a. Mitgliedern des VLA zum Thema „Nachhaltigkeit – Brücken in die Zukunft“ präsentieren.

Des weiteren treiben uns Fragen um, wie „Was bewegt unsere Mitglieder? Wie kam es zur Gründung des VLA? Was macht den VLA besonders? Weshalb ist man Mitglied des VLA? Welche Herausforderungen kommen auf uns – als Verband der Zukunft – zu? Fragen, auf die wir versuchten mit Hilfe unserer langjährigen Mitglieder Antworten zu finden.

Nachhaltigkeit – ein Wort, das mittlerweile inflationär verwendet wird – ist auch von uns als Thema aufgegriffen worden. Nicht nur zum letzten Pflingstseminar, sondern auch für diese Jubiläumsausgabe. Für uns bleibt es eins der wichtigsten Zukunftsthemen. Was sagt die FDP aktuell zu diesem Thema? Lesen Sie dazu das Interview mit der Generalsekretärin der FDP, Nicola Beer.

Die LHG setzt sich mit dem aktuellen Thema „Integrationsbeitrag der Hochschulen“ auseinander.

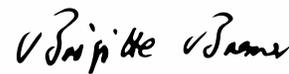
Mit dieser Ausgabe möchten wir anregen, sich Gedanken über Themen der Zukunft zu machen. Mit welchen Fragestellungen von morgen haben wir uns zu beschäftigen? Wozu fordert uns die Gesellschaft von morgen heraus?

Es gibt vielleicht nicht auf alles eine zufriedenstellende Antwort, doch die Beiträge unserer Autoren sind wie immer spannend und anspruchsvoll. Die Redaktion freut sich auch über Ihre Themenvorschläge.

Für diese Jubiläumsausgabe erreichten uns sehr viele Beiträge. Leider konnten wir nicht alle berücksichtigen. Wir bitten um Ihr Verständnis.

Nach Redaktionsschluss erreichte uns die traurige Nachricht, dass unser langjähriges Mitglied Hans-Dietrich Genscher am 31.3.2016 verstorben ist. Hans-Dietrich Genscher war nicht nur ein ausgezeichneter Außenpolitiker, der deutsche Geschichte geschrieben hat, sondern auch ein großartiger Liberaler. Wir werden ihn vermissen.

Brigitte Bremer



ZEITGESPRÄCHE

ANFÄNGE DES VLA

MIT BARTHOLD WITTE

geführt von Katharina Sprott und Brigitte Bremer

Letztes Jahr feierten wir das 60jährige Bestehen des VLA, der am 6. Februar 1955 in Bonn gegründet wurde. Was war die Motivation, einen Verband – wie den Verband – Liberaler Akademiker zu gründen?

Die Gründungsgruppe, die den VLA – damals noch Seniorenverband liberaler Studenten – vor gut 60 Jahren ins Leben gerufen hat, zu der Karl-Hermann Flach, Joachim Bretschneider, Alf-Ingmar Foerster und eine Reihe anderer zählten, hatte von vornherein ein politisches Ziel, das über die Hochschulpolitik weit hinausging: Wir wollten den Liberalismus erneuern, die FDP zu einer wirklich liberalen Partei machen und das auch durch Unterwanderung, wie Flach einmal dargelegt hat. Wir wollten, indem wir uns gegenseitig in Schlüsselpositionen brachten, erreichen, dass wir von dort aus erfolgreiche Programmarbeit betreiben und die Partei zum Liberalen hin verändern könnten. Das war das Ziel. Wir hatten also, das war der entscheidende Punkt, nicht die Hochschulpolitik als Hauptgegenstand unserer Bemühungen – im Gegensatz zu heute – wir verfolgten politische Ziele.

Einige FDP-Mitglieder waren damals ehemalige Nazis – zumindest in NRW – und entsprechend rechts orientiert.

Das muss man etwas genauer sagen. Die Situation war die, dass

es in der FDP zwei ganz unterschiedliche Gruppen gab. Zum einen die „Altliberalen“, wie ich sie nennen möchte – Theodor Heuss und andere – hatten schon Erfahrungen aus der Zeit der Weimarer Republik gesammelt. Als damalige Mitglieder der Demokratischen Partei führten sie linksliberale Politik vor. Die zweite Gruppe (NRW, Niedersachsen, Hessen) hatte sich zum Ziel gesetzt, die gewesenen Nazis, von denen es sehr viele gab, wieder in den Staat zu integrieren mit der Strategie, sie programmatisch zu umgarnen. Also sollte ein Programm entwickelt werden, dass den ehemaligen Nazis gut gefiel.

Wer in Führungspositionen war, der gelangt nach einem politischen Wandel wieder in Führungspositionen, so sagt man. Gelangten diese Personen innerhalb der FDP ebenfalls wieder zu Führungspositionen?

Nein, die aus der Nazizeit eigentlich nicht.

Wurde ihnen der Prozess gemacht?

Es bestand eine Art Generalpardon für ehemalige Nazis. Das, was die einzelnen an Scheußlichkeiten verantwortet hatten, wurde ausgeblendet. Es wurde gesagt, dass sie nun gute Staatsbürger in der neuen Demokratie werden sollen. Ironischerweise ist das im Gesamten sogar gelungen,

weil nicht nur die FDP, sondern besonders die CDU den ehemaligen Nazis eine Art politische Heimat bot.

Die, die sich in der Gründungsphase zusammenfanden – studierten die gemeinsam an einer Universität? Wie kam diese Gruppe zusammen?

Das verbindende Element war der liberale Studentenbund, den wir zuvor gegründet hatten. Es war im Grunde die gleiche Personengruppe.

Also war dies mehr oder weniger der Bundesverband, aus dem dann die Gründung des Seniorenverbandes entstand?

lich verbunden. Wir wollten gerne erreichen, dass diese Freundschaft auf Dauer bestehen bleibt und dass wir andere miteinbeziehen können.

Was waren damals die bewegenden politischen Themen an den Universitäten?

Zunächst einmal der Wiederaufbau. Die Städte waren größtenteils noch zerstört, die Industrie war lahmgelegt, nicht nur durch Bomben und Zerstörungen, auch durch Reparationsleistungen nach dem Krieg. In dieser Lage wollten wir erreichen, dass erstens wieder wirklich liberale Politik gemacht wird und zweitens, dass wir selber diese Politik machen. Das ist in Teilen gelungen. Es gab eine Reihe von frühen Mitgliedern, die sich meistens in der FDP sehr stark

«Alle wohnten an verschiedenen Orten, der liberale Studentenbund hat uns zusammengebracht. Daraus entstanden auch Freundschaften.»

Diese Gründungsgruppe hat sich tatsächlich im liberalen Studentenbund kennengelernt. Wir waren vorher isoliert. Alle wohnten an verschiedenen Orten, der liberale Studentenbund hat uns zusammengebracht. Daraus entstanden auch Freundschaften. Karl-Hermann Flach wurde zu einem meiner besten Freunde. Wir waren also über dieses Politische hinaus auch freundschaft-

engagiert haben und dort auch was geworden sind, ich gehöre natürlich dazu.

Kleiner Exkurs. Diese eben genannten Themen würde man heute zu dem allgemeinpolitischen Mandat zählen. Haben sich Studenten dort auch eher mit studentischen Themen beschäftigt oder eher mit bundesweiten/globalen Themen?

Abgrenzen konnte man das nicht. Was wir Hochschulpolitiker erreichen wollten, war unserem Hauptziel untergeordnet, nämlich politischen Einfluss auszuüben und die Ideen liberaler Politik zum Hauptprinzip zu machen. Die Hochschulpolitik hatte insofern eine dienende Funktion, sie war nicht Thema in sich. Wir haben natürlich für Studierendenparlamente kandidiert, die damals entstanden. Wir waren auch in etlichen Ästen vertreten. Insofern haben wir auch die Hochschulpolitik genutzt, um die politischen Ziele durchzusetzen. In diesem Falle mit jüngeren Generationen. An Universitäten und Hochschulen gab es sehr unterschiedliche politische Tendenzen. Ich habe noch in Mainz erlebt, wo ich die meiste Zeit meines Studiums verbracht habe, dass es noch eine FDJ-Gruppe gab. Eine Gruppe also, die öffentlich bekannte, dass sie in ihren Finanzen abhängig war von der DDR. Später wurde sie dann durch den Bundesinnenminister verboten. Das war zu meiner Studierendenzzeit aber noch nicht der Fall. Für mich war das Studium auch eine ziemlich späte Sache, das Durchschnittsalter war erheblich höher als heute. Das hatte zu tun mit der Kriegsgeneration. Ich war ein Jahr bei der Flak, habe dort Militärdienst als Luftwaffenhelfer geleistet. Nur durch eine Verkettung glücklicher Umstände bin ich dann später nicht mehr zur Wehrmacht eingezogen worden. Aber wir hatten ja alle schon ein Jahr Kriegsdienst hinter uns, viele auch erheblich mehr. Da gab es schon in den Abiturklassen, die man nach Kriegsende einrichtete,

eine ganze Reihe von Studenten oder Schülern, die Mitte zwanzig waren. Also für heutige Verhältnisse kaum vorstellbar.

Deine erste politische Position war Bürgermeister. War das Dein Ziel, ein Amt zu bekommen, wo Du politisch gestalten konntest?

Das stimmt, das wollte ich. Aber das Amt ist mir eigentlich ohne mein Zutun zugefallen. Das ist eine Geschichte für sich, wie man Bürgermeister wird. Die drei demokratischen Parteien, die es damals gab (CDU, FDP, SPD), bildeten auch den Gemeinderat in Hiddesen, bei Detmold, wo ich wohnte und beruflich tätig war in einem dort ansässigen Verlag, als Redakteur. Ich hatte also zum Gemeinderat kandidiert, eben weil ich es, wenn sich die Chance bot, als Pflicht empfand. Das Ergebnis war, dass in den Verhandlungen, die die drei Parteien führten – alle Parteien waren fast gleich stark – alle zunächst ihren eigenen Kandidaten durchbringen wollten. Das scheiterte. Dann wurde der Jüngste zum Bürgermeister gemacht. Ich war da gerade mal Anfang dreißig. Diese Karriere ist dann allerdings unterbrochen worden, weil ich bald danach die Leitung der Bonner Redaktion des Verlagshauses übernahm. Ich wollte nach Bonn zurück und auch das war natürlich Teil einer Strategie, die wir gemeinsam entwickelt hatten. Wer immer von uns die Chance hatte, sollte diese auch nutzen und

unser Netzwerk auf diese Weise immer höher positionieren. Es war ja ein Netzwerk, das wir gemacht hatten. Der Seniorenverband gab dann die organisatorische Festigkeit hinzu.

In der Satzung des VLA steht, dass es ein Freundeskreis ist, der den politischen Nachwuchs unterstützt, neben politischer Bildung etc. Wir sagen heute: Das Wichtigste ist die Unterstützung der liberalen Hochschulgruppen und der Freundeskreis. Ich bin seit 2003 dabei und habe nicht wahrgenommen, dass der ursprüngliche Gedanke des Netzwerks heute noch lebendig ist. Wie ist es denn dazu gekommen?

Der Generationenwechsel scheint mir hier das Entscheidende zu sein. Der VLA besteht nun 60 Jahre, wir haben also mindestens zwei Generationen, wenn nicht drei, die im VLA tätig gewesen sind. In dem Maße, in dem sich die Politik in der Bundesrepublik verfestigt hat, hat eine Strategie weniger Chancen gehabt, wie wir sie ursprünglich hatten. Wenn also die Strukturen fest geworden sind und die Personen, die diese Strukturen besetzen sich auch festhalten an ihren Traditionen, dann passiert eben nicht mehr viel. Und so ist das auch gewesen. Es war in den 60er Jahren dann schon klar, dass die FDP die nationalsozialistische Infektion überstanden hatte, in dem Sinne also nicht mehr ein Sammelbecken von Nationalisten gewesen ist. Insofern haben wir sogar unsere Ziele

erreicht. Wir haben zumindest dazu beigetragen, dass die FDP zu einer etablierten liberalen Partei geworden ist.

Gab es auch Überlegungen andere Aufgaben wahrzunehmen?



Nein, welche hätten das auch sein sollen. Berufliche Förderung wäre eine Möglichkeit gewesen, die Altherrenverbände machen das traditionell. Das haben wir nie gemacht und auch nicht erwogen.

Eine Umbenennung des Verbandes kam nach der Wiedervereinigung. Aus dem Seniorenverband wurde der VLA.

Die beiden Bezeichnungen waren schon in der Gründungsphase erörtert worden. Wir haben uns damals aber zunächst entschieden den Seniorenverband in den Vordergrund zu stellen, ein bisschen wohl auch um unsere eigenen Ziele nicht zu deutlich erkennen zu lassen. So ist das, wenn man unterirdische Strategien betreibt und das war ja so. Wir woll-



ten unterirdisch die FDP verändern, und das war gelungen. Und infolgedessen war die Bezeichnung Seniorenverband auch in der Folgezeit angemessen. Wir haben aber in der Gründungsphase zumindest auch in der Unterzeile die Bezeichnung VLA schon gehabt.

Der VLA hat momentan so um die 300 Mitglieder, in der Spitze waren es über 400. Wären wir ein Unternehmen, käme sofort die Frage einer möglichen Übernahme oder Fusion auf. Wurden diese Überlegungen jemals diskutiert?

Nein, nach meiner Erinnerung so nicht. Und zwar von Anfang an nicht. Wir waren uns im Grunde im Klaren, dass eine solche Strategie wie wir sie vorhatten auch recht unabhängig ist von der Frage, wie viele Mitglieder der Verband hat. Wir waren selbstbewusst genug, um anzunehmen, dass wir es auch als Netzwerk von vielleicht 20-25 Leuten schaffen würden. Ob das realistisch war ist eine andere Frage, aber das Selbstbewusstsein hatten wir. Man darf nicht vergessen: Einer von uns ist sehr rasch zum Generalsekretär der FDP geworden. Das war also Teil der Strategie, so wie es auch war, dass ich nachdem ich ehrenamtlich für die Friedrich-Naumann Stiftung tätig war, die Nachfolge von Werner Stephan als Geschäftsführer der Stiftung wahrnahm, womit eine weitere Schlüsselposition besetzt war. Interessant ist, dass wir auch in den Unternehmerverbänden ganz erfolgreich waren. Speziell im Bundesverband der Arbeitgeberverbände, in dem mehrere unserer Mitglieder tätig gewesen und in Leitungspositionen gelangt sind. Das gehört ebenfalls zum Netzwerken dazu, dass man sich auch gesellschaftlich einbrachte und nicht nur politisch.

Die Liberalen sind momentan

nicht im Bundestag vertreten. Wir wissen auch nicht, ob sie wieder reinkommen. Hoffnung ist da, die Umfragewerte liegen bei ca. 5 Prozent. Die liberalen Hochschulgruppen sind hingegen sehr aktiv und erzielen an vielen Hochschulen sehr gute Wahlergebnisse. Wie sieht Deine Empfehlung aus?

Im Grunde eine Wiederholung der Strategie von damals. Was Besseres fällt mir nicht ein. Das würde für die heute aus den Universitäten ausscheidende und in den Beruf einsteigende Generation heißen, dass sich dort einige Personen zusammentun und beginnen, ein Netzwerk zu stricken, dessen Ziel es ist, eine Partei zu übernehmen. Es muss nicht unbedingt eine Regierungsbeteiligung sein. Die Oppositionszeiten sind auch wichtig. Das Ziel sollte zunächst sein, in den Bundestag einzuziehen. Das Zweite wäre dann die FDP programmatisch und politisch auf den heutigen Stand zu bringen. Ein Lindner allein schafft das nicht. Er hat ohne Frage gute Ansätze, ich wünsche ihm, dass er Erfolg hat. Doch mit der ihm zugeordneten Truppe habe ich so meine Zweifel, ob die das schaffen können. Deswegen muss dort eine jüngere Truppe her, ich sehe eigentlich nur die liberalen Hochschulgruppen, aus denen das hervorgehen kann.

Sollten die Kräfte von den Jungen Liberalen und die der LHG gebündelt werden?

Enger zusammenarbeiten ja, fusionieren nein. Es sind eben doch verschiedene Aufgaben, denen man Rechnung tragen muss. Es gäbe auch da weitere Überlegungen, z.B. warum sich nicht bestimmte Berufsgruppen innerhalb der FDP organisieren, sobald sie zur FDP zählen oder sie zumindest wählen. Das ist natürlich Voraussetzung, immer unter dem Stichwort liberal. Liberale Ärzte oder Anwälte beispielsweise.

Diese Gruppen gibt es ja, in diese sollte der Nachwuchs auch rein und sich vernetzen.

Aber ja.

Abgerundet: Hat der VLA noch eine Zukunft und wenn ja, wie siehst Du die Zukunft für den VLA?

Aber ja, natürlich. Die Fülle der Aufgaben, die auf den VLA warten und auf die anderen ihm befreundeten liberalen Organisationen (Junge Liberale, VSA) – aus dieser Vielfalt muss auch wieder Nachwuchs für die Politik hervorgehen. Der Nachwuchs sollte sich nicht nur auf Hochschul- oder Kommunalpolitik konzentrieren, sondern auch in die große Politik streben.

Abschließend möchte ich noch eine Frage zur großen Weltpolitik stellen. Aktuell tagt die Sicherheitskonferenz in München. Es wird Krieg gegen den Islamischen

Staat geführt. Die Russen sprechen von einem neuen Kalten Krieg etc. Wie siehst Du das Weltgeschehen und was wird aus Europa?

Das ist mit einem Wort nicht zu machen. Mit vielen Wörtern vielleicht. Ich will es aber trotzdem versuchen. Zu erkennen ist, dass das vereinte Deutschland seit der Vereinigung an weltpolitischem Gewicht immer weiter zugenommen hat. Es ist kein Zufall, dass beispielsweise die Syrieneinigung auf einen Waffenstill-

cherlich auch bei den Liberalen. Solche Tendenzen sind auch legitim; der Nationalstaat ist eben nicht an sein Ende gekommen, das ist ein Irrtum. Er kann aber, wegen der Größenordnung, nur tätig werden, wenn er in Verbindung mit Anderen agiert. Und das ist zunächst einmal natürlich die EU. Aber es gibt auch die transatlantischen Organisationen, die wir mit Recht für lebenswichtig halten. Die in manchen Dingen, beispielsweise Freihandel, wie sich jetzt zeigt, viel wichtiger für uns sind als die EU. Die

«Es ist kein Zufall, dass beispielsweise die Syrieneinigung auf einen Waffenstillstand in München auf Initiative unseres Außenministers Steinmeier stattgefunden hat.»

stand in München auf Initiative unseres Außenministers Steinmeier stattgefunden hat. Das zeigt symbolisch, dass das vereinte Deutschland auch als selbstständiger Akteur, nicht nur im Rahmen der Europäischen Union, eine wachsende Rolle zu spielen hat. Die wächst ihm einfach zu, man muss sie aufnehmen. Es erweist sich auch, dass die europäische Integration nach bisherigem Muster nicht so weitergehen kann. Da muss also zunächst eine öffentliche Debatte geführt werden: Soll es eine Renationalisierung geben, wie es übrigens auch in demokratischen Parteien durchaus Tendenzen gibt, bei der CDU auch bei der SPD und wenn die FDP wieder in den Bundestag kommen sollte, si-

Schwellenländer, die zunehmend an Einfluss gewinnen (das Phänomen China sowieso), werden ihr Gewicht in die Waagschale werfen. Dadurch verändert sich grundlegend die weltpolitische Szenerie, der man Rechnung tragen muss. Ich bin ziemlich sicher, dass Steinmeier das begriffen hat (von dem ich viel halte). Aber ein Außenminister allein schafft das natürlich nicht. Wenn die Nationalstaaten neben ihrer Rolle als Mitglied der EU dann zunehmend eigene Politik machen, wie von jeher die Franzosen oder die Briten, ist die Aufgabe umso schwerer zu bewältigen. Gesetzt den Fall das Referendum, das Cameron durchführen wird, geht positiv aus für die EU – also so, dass die Briten in

der EU bleiben – was ist denn dann? Dann haben wir ein Mitglied, das sich in allen wichtigen Fragen vorbehält, eigene souveräne Entscheidungen zu fällen, gleichwohl aber als Mitglied agiert. Mal sehen wie das geht. Ich bin da gar nicht von vornherein auf Ablehnung eingestellt. Aber das Verhältnis zwischen Union und Staat muss neu austariert werden. Die Brüsseler Methode, die am Ende bei einer Richtlinie landet, die sich mit der Größe der Eier beschäftigt, ist ein Fehlweg. Warum sollen die Bananen nicht krümmen sein als die EU erlaubt? Das sind alles Dinge, die sicher gut gemeint sind, aber gut gemeint ist oft das Gegenteil von gut.

Um es noch einmal zu sagen: Entscheidend scheint es mir zu sein, das Verhältnis zwischen Union und Mitgliedstaaten neu auszutarieren. Übrigens gilt Ähnliches für viele multinationale Zusammenschlüsse wie die Vereinten Nationen. Auch da muss neu austariert werden. Die UNO hat eine wachsende Bedeutung bekommen, aber was bedeutet das für ihre Strukturen? Reichen sie aus oder stehen hier nicht auch Reformen an? Bisher ist es nur eine Versammlung von Regierungsvertretern. Wieso denn eigentlich? Wo ist das Parlament, das nach unserem Verständnis notwendig ist? Denn wir leben im Zeitalter der parlamentarischen Demokratie. Demokratie ist gut, eine parlamenta-

rische Demokratie wäre besser.

Vielen Dank für Deine Zeit und das Gespräch.

Katharina Sprott ist Mitglied des Landesvorstands LHG NRW und Brigitte Bremer ist Präses des VLA.

Dr. Dr. h.c. Barthold C. Witte, geb. am 19. Mai 1928 in Kirchberg/Hunsrück, studierte Geschichte, Geographie und deutsche Literatur in Mainz sowie Zürich mit anschließender Promotion. Ab 1964 war er Geschäftsführer der Friedrich-Naumann-Stiftung bis er 1971 Vertreter für das Auswärtige Amt in Genf und Kairo wurde. Dem AA blieb er bis zu seiner Pensionierung treu und leitete fast eine Dekade die Kulturabteilung. Die Friedrich-Naumann-Stiftung berief ihn in Ehrenämter wie: Mitglied des Kuratoriums (1976-1991), stellvertretender Vorstandsvorsitzender (1991-1994). Seit 1950 ist Witte Mitglied der FDP und ist Gründungsmitglied des VLA.



Die „Schollwer-Papiere“ ein Beitrag zur deutschen Geschichte

*ein Interview mit Wolfgang Schollwer
geführt von Sven-Oliver Wolff*

Herr Schollwer, aus Sicht mancher war der VLA den Diskussionen in der sogenannten liberalen Familie allzu oft einen Schritt voraus. Die Liberalisierung der FDP in den 50er Jahren, die Diskussion um eine neue Ost- und Deutschlandpolitik sowie die Hinwendung zur sozial-liberalen Koalition in den 60ern. Wie kam das aus Ihrer Sicht?

Das lag wahrscheinlich an den Personen und ihrer Zusammensetzung, die sich beim VLA engagierten. Es waren immer Menschen dabei, die sich Zukunftsthemen widmeten, wie zum Beispiel Peter Menke-Glückert. Er setzte sich für die Umweltpolitik ein, bevor die Grünen das Thema für sich entdeckten. Als Präses sorgte er auch dafür, dass die Thematik entsprechend prä-

sent war. Wegen meiner Ost- und Deutschlandpolitik war ich ebenfalls eine Zeit lang Präses. Wir diskutierten über die Digitalisierung und die neuen Techniken im Informationswesen bevor andere sich dieser Themen annahmen. Es gehörte einfach zu unserem Selbstverständnis. Ob diese Themen auch von der FDP behandelt wurden, spielte keine Rolle dabei.

Die Themen kamen also immer aus dem Verband heraus?

Ja, genau.

Wie war es, wenn Sie mit diesen Themen, etwa mit Ihrem „Schollwer-Papieren“, dann an die FDP-Führung herantraten? Sind Sie offene Türen eingermannt?

Nein, überhaupt nicht. Es war interessant, dass ausgerechnet Erich Mende, der sonst immer so vorsichtig war, dieses Thema in die Partei hereinbrachte. Nicht aus eigener Überzeugung, sondern er war kurz zuvor in Washington gewesen, wo er den jungen Präsidenten Kennedy kennenlernte. Er äußerte bestimmte Vorstellungen über die Ost-West-Politik. Als Mende nach Bonn zurückkam, zeigte ich ihm mein erstes Deutschland-Papier. Er stellte fest, dass es in weiten Teilen mit den Vorstellungen des amerikanischen Präsidenten übereinstimmte. Deshalb veranlasste er, dass ich vor der Klausurtagung des Fraktionsvorstandes meine Ideen vortragen durfte. Die überzeugten jedoch nicht. Schon in der Vorstandssitzung wurde deutlich, dass man da nicht ran wollte. „Das ist viel zu heikel, das kostet Wählerstimmen“, hieß es. Das Thema war dann auch erst einmal für zwei Jahre tot, bis plötzlich die Quick im August 1964 mit der Geschichte kam. Jetzt musste man sich damit und auf die Formel von Zoglmann verständigte man sich, der in der Pressekonferenz gesagt hatte, dass alles sofort vom Tisch gewischt worden sei. Was natürlich nicht stimmte; aber man wollte es zu dem Zeitpunkt nicht weiter verfolgen. Wenn nicht der STERN im Frühjahr 1967 plötzlich die zweite Studie veröffentlicht hätte. Jetzt blieb dem Vorstand keine andere Wahl, denn der Parteitag in Hannover stand unmittelbar bevor. Der STERN hatte eine Broschüre über die Studie gemacht, die dann unter den Delegierten verteilt wurde, weil die Par-

teiführung sich weigerte, meine Studie zu verteilen. Dann kam 1969 die sozial-liberale Koalition. Scheel teilte schon früh die Vorstellungen, die ich hatte. Er hatte außerdem den Rückhalt bei Willy Brandt. Der dachte ja in dieselbe Richtung.

Sie waren zu der Zeit (1967-1969) Präses des VLA. Hatten Sie aus dem Verband heraus Rückhalt für Ihre Ideen?

Ja, wobei ich sagen muss, dass ich diese beiden Deutschlandpläne nicht vorgetragen habe im VLA. Die meisten kannten sie natürlich durch die Quick und den Stern. Ich erinnere mich aber nicht, dass wir mal ein Seminar dazu gemacht hätten. Das mag an der sehr verschiedenartigen Zusammensetzung gelegen haben. Es gab auch Mitglieder, die waren mehr der SPD zugeneigt. Deshalb hat man den Verband vermutlich nie zu einer Vorfeldorganisation der FDP gemacht, obwohl einige VLAler das gerne wollten. Dagegen haben sich die meisten gesträubt. Sie meinten, dann haben wir keinen VLA mehr, sondern eine Art Jungdemokraten. Wir wollten aber frei sein in unserer Meinungsbildung.

Noch einmal zur Deutschland- und Ostpolitik: Erlauben Sie mir eine persönlichere Frage. Ich habe mal von Gräfin Dönhoff gelesen, wie schwer es ihr fiel, als Ostpreußin auf die Heimat zu verzichten. Sie sind in Potsdam geboren, Mende war aus Oberschlesien. War das für Sie ein Thema, dass Sie das Gefühl

hatten, mit dieser Politik etwas von Ihrer Heimat hergeben zu müssen?

Jein. Ich war immer oder sehr lange der Meinung, es kommt sowieso wieder zur Vereinigung. Dann ist Potsdam eine demokratische Stadt und nicht eine kommunistische. Also, da war nichts verloren. Abgesehen davon hatte ich nie, nachdem ich in Bonn meine neue Heimat gefunden hatte, die Absicht, in meine Heimatstadt zurückzukehren. Sämtliche Freunde, Verwandte und Bekannte waren nicht mehr dort. Ich hätte die Bekannt- und Freundschaften, die ich hier geschlossen hatte, aufgeben müssen. Womit ich natürlich von Heimatvertriebenen konfrontiert worden bin, waren zum Teil sehr scharfe Angriffe. Was man ja verstehen kann, weil sie der Meinung waren, dass ich ein Verzichtspolitiker war, der auf ihre Heimat verzichtete. Ich versuchte ihnen immer wieder klar zu machen, dass diese Heimat nur durch Krieg wiederzugewinnen wäre. Dass man stattdessen versuchen müsse, friedliche Verhältnisse herzustellen, damit sie dann in ihre alte Heimat wieder reisen könnten. Aber das war natürlich sehr schwierig und auch ein Grund, warum Erich Mende sehr skeptisch war. Die Kontakte mit der DDR fand er gut. Aber Verzicht auf Oberschlesien, unmöglich.

Es war also Ihnen und allen anderen klar, dass, wenn man diese neuen Wege in der Ostpolitik geht, die deutschen Ostgebiete dauerhaft verloren sind?

Ja. Zu dieser Ansicht bin ich in den 50er Jahren gekommen, nachdem ich verschiedene Artikel über Polen gelesen hatte, die nun auch ein neues Zuhause, aber auf ehemaligen deutschen Boden gefunden hatten. Sie haben ein neues Heimatgefühl entwickelt. Aber bei Mende hat das letztlich zum Parteiaustritt geführt. Was das Komische war, als ich Erich Mende wenige Jahre vor seinem Tod bei einer Veranstaltung traf, da hat er das einfach verdrängt und gesagt: „Wissen Sie, Herr Schollwer, wir erinnern uns ja beide noch, wie wir da gegen diese CDU-Politik gekämpft haben.“ Er wollte heim in die FDP. Es hätte nur ein einziger führender FDP-Politiker auf ihn zugehen müssen, und er wäre wieder eingetreten.

Würden Sie sagen, dass die FDP sich im Laufe der Zeit bis zum Bruch der sozial-liberalen Koalition so gewandelt hat, wie Sie sich das gewünscht hatten?

Ja, doch. Das ging natürlich zunächst von den Jungdemokraten aus, von den liberalen Studenten und einigen Kreisverbänden. Es war in Hannover schon 1967 deutlich zu sehen, dass die Mende-Mehrheit mehr und mehr schwand. Die Partei hat sich schließlich vollständig zu dieser Politik bekannt, obwohl die meisten gar nicht wussten, woher diese Politik stammte. Ich hatte ein sehr interessantes Erlebnis zu Anfang der 70er Jahre. Walter Scheel war Außenminister. Das Ministerbüro rief mich an und bat mich, für



eine Gruppe von Parteifreunden aus Düsseldorf das Einleitungsreferat über die Deutschland- und Ostpolitik zu halten. Als die Gruppe ankam, erzählte mir der Leiter, dass er auf dem Weg nach Bonn im Bus gefragt hatte, wer den Namen Schollwer kenne. Ein Drittel hob die Hand, zwei Drittel hatten meinen Namen noch nicht gehört. Und das war 1973. Da wurde mir klar, du bist schon weg. Als ich in den 80er Jahren in der Bundesgeschäftsstelle anrief, musste ich meinen Namen buchstabieren, weil die Sekretärin ihn noch nie gehört hatte. Daran muss man sich natürlich gewöhnen. Es hilft nicht darüber zu jammern. Es ist so in unserer schnelllebigen Gesellschaft.

Wenn Sie die Entwicklung in der FDP nach 82 angucken, hatten Sie den Eindruck, die FDP ist zumindest in der Deutschland- und Ostpolitik Ihren Weg weitergegangen?

Im Prinzip ja. Es kamen andere Themen hinzu, die viel stärker zum Beispiel einen Westerwelle beschäftigt hatten. Das waren mehr soziale und wirtschaftliche Fragen. Die Deutschland- und Ostpolitik wurde nur noch von der

Naumann-Stiftung behandelt. Dadurch war es möglich, wenigstens die Erinnerung ein wenig festzuhalten. Nachdem die Einheit hergestellt war, war die Sache sowieso erledigt.

Man hätte Sie natürlich auch als Vorläufer einer modernen Europapolitik sehen können.

Das wäre möglich gewesen. Aber es gibt, glaube ich, aktuell keine besonderen Außenpolitiker in der Partei. Hans Dietrich Genscher hat als Ehrenvorsitzender natürlich keinen Einfluss mehr auf die programmatische Gestaltung dieser Partei. Er kann sich bestenfalls hin und wieder mal räuspern.

Ist das nicht in gewisser Weise ein grundsätzliches Phänomen, auch unserer aktuellsten Debatten? Dass wir in allen europäischen Staaten sehr stark innenpolitisch denken, obwohl eine europäische Dimension nötig wäre?

Vielleicht ist die FDP da auch wieder einen Schritt voraus. (lacht) Ich würde es aber natürlich sehr begrüßen, wenn ich es einmal erleben würde, dass ein Freier

Demokrat eine grundsätzliche Rede über die Zukunft der europäischen Politik halten würde. Mit neuen Gedanken, mit Anregungen. Das würde mich glücklich machen. Dann würde ich wahrscheinlich dieser Partei wieder beitreten. Ich bin 2002 aus zwei Gründen ausgetreten. Wegen Westerwelle und Möllemann zum einen und zum anderen, weil ich zugegebenermaßen ein bisschen gekränkt war, dass die Partei es zu meinem 80sten Geburtstag für nicht notwendig hielt, mir wenigstens ein Glückwunschtelegramm zu schicken. Meine Austrittserklärung hat überhaupt keine Reaktionen ausgelöst. Nicht

würde, ein Verstoß gegen die Kleiderordnung. Angestellte einer Partei machen keine Politik, sondern setzen sie um. Das nahmen sie übel, was ich verstehe. Aber sie hätten wenigstens so tun können, als würden sie mich respektieren. Aber es war, als wüssten sie gar nicht mehr, dass ich existiert habe. Eigentlich erstaunlich.

Aber auch bitter.

Mit Genscher nicht. Wohl-gemerkt: Als Genscher in den 90ern seine Memoiren schrieb, bat er mich, mal zu ihm zu kommen. Natürlich besprach er seine Memoiren nicht mit mir, sondern

**« Meine große Angst ist nur,
dass sich in diesem Chaos neue Konflikte ergeben,
die möglicherweise zu militärischen
Auseinandersetzungen führen können. »**

dass sie mich mal angerufen hätten: „Herr Schollwer, Sie wollen doch wohl nicht austreten?“

Eigentlich unvorstellbar. Aber man hat auch den Eindruck, dass zum Beispiel auch Menke-Glückerts Beiträge zur Umweltpolitik vergessen sind.

Genau. Alles was die führenden Leute nicht selber getragen haben, wo sie sich nicht selber haben profilieren können, das wollen sie nicht haben. Ich kann Eines verstehen: Was ich getan habe, das war natürlich, wie Vogel es formulieren

er erzählte, was er vor hat zu schreiben. Ich war gerührt, dass er sich an mich noch erinnerte. Später, bei einem Empfang der Friedrich-Naumann-Stiftung, kam er auf mich zu und begrüßte mich. Ich fand es erstaunlich, dass die ganz Alten wie Genscher, den ich seit 1956 kenne, oder auch Lambsdorff, der leider zwischenzeitlich verstorben ist, sich noch an mich erinnerten.

Noch einmal zurück zur Deutschland- und Ostpolitik, die es im engeren Sinne nicht mehr gibt. Hat sich für Sie in gewisser Weise ein Traum verwirklicht, als sich

Deutschland wiedervereinigt hat und dann später auch die östlichen Staaten der EU beitraten?

Natürlich sehr. Ich habe seit 1959 bis in die 80er Jahre hinein ständig Kontakte mit polnischen, russischen, ungarischen, rumänischen und tschechischen Journalisten und Diplomaten gehabt. Der Sinn der Kontaktpflege war, zu erfahren, welche Möglichkeiten es gibt, aus dem Kalten Krieg herauszukommen. Das, was gerade auch in den Gesprächen mit sowjetischen Geheimdienstlern, die hier in Bonn tätig waren, gesagt worden ist, hat mir Anregungen gegeben, Lücken zu finden, wo diese kommunistischen Staaten ansprechbar waren. Durch meine Mitgliedschaft im politischen Club in Westberlin, in dem Leute aus Ost und West zusammenkamen, holte ich mir die Informationen, um einigermaßen realistische Projekte zu entwerfen. Insofern hat mich dann 1989 das Ende des sowjetischen Imperiums und die Eigenständigkeit von Polen, den baltischen Staaten und der Tschechoslowakei sehr beeindruckt, weil es ein Wunschtraum von mir gewesen ist. Ich war immer davon überzeugt, dass sich die deutschen Fragen lösen lassen, wenn die Sowjetunion ihre Politik grundsätzlich ändert. Daraufhin hatte ich mit der FDP Knatsch. Einige waren der Meinung, dass ist Quatsch, man muss sofort verhandeln. Achenbach wollte schon in 60er und 70er Jahren pausenlos nach Moskau reisen, um mit Chruschtschow und später mit Breschnew zu verhandeln. Ich hielt

das für völlig sinnlos. Aber nun war das geschehen. Mein Wunsch war nun erfüllt und ich musste nichts weiter machen, als die Chance wahrzunehmen, in diese Gegenden zu reisen. Zwei Reisen konnte ich noch machen, nach Budapest und nach Prag. Leider nicht mehr nach Warschau und auch nicht noch einmal nach Moskau. Was ich bedauere, ist, dass ich mit meinen Gesprächspartnern von damals nicht mehr in Kontakt gekommen bin.

Wenn Sie nun in die aktuelle Zeit schauen und in die Staaten, die Sie ansprachen, nach Polen, nach Ungarn, enttäuscht es Sie, dass die Idee des gemeinsamen Europas an manchen Stellen bröckelt?

Ich muss ganz ehrlich sagen, ich bin bitter enttäuscht. Ich war vielleicht ein bisschen illusionär, das gebe ich zu. Dass ich nach 1989 geglaubt habe, am Ende meines Lebens erlebe ich ein einiges Europa. Wunderbar, niemals mehr kann es Kriege geben in Europa. Und nun stellt sich heraus, dass dieser Laden brüchig ist. Das finde ich furchtbar. Aber es ist wahrscheinlich unvermeidlich. Ich betrachte die Entwicklung der Welt ja so: Es ist eine Zeitenwende von unglaublichen Ausmaßen, wie sie etwa vom Mittelalter zur Neuzeit stattfand. Und in dieser Zeitenwende geht erst einmal alles durcheinander, fast ins Chaotische, bis sich die Dinge wieder geordnet haben. Meine große Angst ist nur, dass sich in diesem Chaos neue Konflikte ergeben, die möglicherweise zu militärischen Auseinandersetzungen führen

können. Und deshalb kann ich dieser Zeitenwende und diesem wahrscheinlich unvermeidlichen Chaos nicht mit Ruhe zusehen und nicht mit der Hoffnung, es wird schon gut gehen. Ich weiß nicht, ob es gut geht.

Das ist, denke ich, eine Sorge, die wir alle haben. Für uns Jüngere natürlich unvorstellbar, die Idee, dass zwischen europäischen Staaten Krieg sein könnte.

Grauenvoll. Aber ich meine, im Augenblick sieht es zunächst nur nach Verfall aus. Das gibt Putin so eine starke Position. Er braucht nur versuchen, diesen Läden weiter auseinander zu treiben. Es gibt auch in unserem Land die ersten „Putinfans“, die hoffen, dass sie in Zusammenarbeit mit Putin eine europäische Union bremsen können. Die wollen ein geeintes Europa nicht, sie wollen ihre nationale Identität. Es ist natürlich das Problem, dass der Mensch so veranlagt ist, dass er sich in möglichst kleinem Raum zu Hause fühlt. Global kann der Mensch im Grunde genommen nicht leben und nicht denken. Nur schaffen wir durch technische Entwicklungen genau die Voraussetzungen, dass es nur noch global gehen kann. Dem stehen die Menschen zum Teil völlig fassungslos gegenüber und fragen sich: was wird aus mir? Wie komme ich damit zurecht? Die Regierungen wirken auf mich zum Teil ziemlich rat- und hilflos. Niemand hat ein wirkliches Konzept – nicht einmal die Bundesregierung.

Man wirft gerade Frau Merkel vor, Sie habe keine große Vision, es fehlt an Ideen. Oder sehen Sie einen Plan, vielleicht auf europäischer Ebene?

Überhaupt nicht. Nicht einmal Brüssel hat sie oder Herr Juncker. Der hat sowas gemurmelt, dass er demnächst etwas bringen will. Ich bin gespannt, was das ist. Ich kann mir gar nicht vorstellen, dass er Lösungen von Ost bis West, Nord bis Süd in Europa mit Beifall bedacht, präsentieren wird. Im Augenblick wollen sich alle nur die Flüchtlinge vom Leib halten. Und die baltischen Staaten denken nur an Eines: an Putin.

Bräuchten wir heute im Verhältnis zu Russland eine neue Entspannungspolitik?

Ich bin mit dem Außenminister Steinmeier sehr einverstanden, weil ich das Gefühl habe, dass er alles versucht, um Spannungen zu mildern. Das ist auch lange Zeit ein Verdienst von Angela Merkel gewesen, die auch dank ihrer russischen Sprachkenntnisse mit Putin direkt in seiner Muttersprache sprechen kann. Wenn es nicht zu gefährlichen Konflikten kommen soll, müssen wir versuchen anhand der jetzt stattfindenden Kontakte zwischen den USA und Russland in Zusammenhang mit Syrien und dem Iran, die Gespräche weiter fortführen. Mit dem Ziel, uns in kleinen Schritten zu einigen und eine gewisse Entspannung herbeizuführen. Ob uns dies mit Gesamteuro-

pa gelingt, bleibt zu bezweifeln. Die Polen sind sehr misstrauisch, insbesondere die neue rechts-konservative polnische Regierung. Auf deutscher Seite ist vorsichtig zu operieren und die Kontakte sind aufrecht zu halten. Dasselbe gilt auch für die baltischen Staaten, die eine vorsichtige Haltung zu Russland einnehmen. Hoffentlich gelingt es, die alte französisch-deutsche Schiene aufrecht zu erhalten, die kleine Risse durch die Flüchtlingspolitik von Frau Merkel erhalten hat. Im übrigen spricht der französische Außenminister perfekt deutsch. Wir müssen versuchen, und Steinmeier wird das auch sicher tun, hinzuwirken auf eine engere Kooperation mit Paris. Das ist ganz wichtig, dass wir das schaffen.

Gestatten Sie eine letzte Frage. Welchen Rat möchten Sie heutigen Studenten, die in den VLA eintreten, weitergeben, wenn es um die Frage geht, wo und für welches politische Thema sollten sie sich engagieren?

Also wenn es um Parteien geht, sollten sie versuchen, die FDP zu unterstützen, dass sie wieder in den Bundestag und in die Landtage gewählt wird, um dann politisch wieder Einfluss nehmen zu können. Es gibt eine ganze Reihe neuer Leute. Nicht nur Lindner. Doch sie brauchen mehr an guten und klugen Köpfen. Es könnte ja durchaus möglich sein, wenn sich die AfD erledigt hat, weil ihr Primärthema „Flüchtlingsstrom“ sich überholt hat, dass die FDP wieder eine wirkungsvolle Partei werden

kann. Ich würde mir wünschen, dass es wieder eine liberale Stimme im Bundestag gibt. Ich selber bin zu alt, um da noch mitzuwirken, aber das wäre vernünftig. Vielleicht auch, dass sie Gesprächszirkel bilden und regelmäßig bestimmte Themen diskutieren. Politiker haben im Allgemeinen keine Zeit zu diskutieren, weil sie einfach so gehetzt sind. Man muss also gewisse Vorfeldgruppen haben, in denen Themen schon einmal vorgedacht werden, die man dann an Politiker herantragen kann.

Womit wir wieder beim VLA sind. Ganz herzlichen Dank für dieses Gespräch.

Sven-Oliver Wolff, Erster Vize-Präses

Wolfgang Schollwer, geb. am 13. Februar 1922 in Potsdam, ist ein ehemaliger Ministerialreferent im Planungsstab des Auswärtigen Amtes, Politiker und Autor, der als „Vordenker liberaler Entspannungspolitik“ in der Ost-West-Auseinandersetzung des „Kalten Krieges“ bekannt wurde. Von ihm stammen die Deutschlandpläne („Schollwer-Pläne“) der FDP. Als Referent für die Außen- und Deutschlandpolitik der FDP und Chefredakteur nahm er maßgeblich Einfluss auf die Öffnung der Partei in der Ostpolitik. Von 1967 bis 1969 war Schollwer Präses des VLA.

Dr. Ralf-Rainer Piesold

SMART-CITY EIN BEITRAG ZUR NACHHALTIGKEIT



Gibt es einen Zusammenhang zwischen Stadtentwicklung und Nachhaltigkeit? Können Kommunen entscheidend zur Nachhaltigkeit beitragen? Diese Fragen wurden auf der letzten Pflingsttagung „Brücken in die Zukunft“ des Verbandes Liberaler Akademiker in Berlin thematisiert. Wenn man bei Google die Begriffe „Smart City“ oder „Green City“ eingibt, erhält man eine Trefferzahl von 220 Mio. bzw. 880 Mio. Einträgen. Die hohe Trefferzahl in Verbindung mit Nachhaltigkeit oder Sustainability lässt die Vermutung zu, dass es einen solchen Zusammenhang gibt.

DIE WELTBEVÖLKERUNG WÄCHST BIS 2100 AUF ÜBER 11 MRD. MENSCHEN!

Eine wesentliche Frage, die häufig mit dem Begriff Nachhaltigkeit in Verbindung gebracht wird, ist die Entwicklung der Weltbevölkerung. Nach den Prognosen der UN, die im world population prospect jährlich veröffentlicht werden, wird die Weltbevölkerung bis 2050 auf ca. 9,7 Mrd. Menschen und 2100 auf ca. 11,2 Mrd. Menschen ansteigen. Der Anstieg wird insbesondere durch das starke Bevölkerungswachstum in Afrika und Asien verursacht. Selbst bei konservativen Prognosen kann man davon ausgehen, dass die Weltbevölkerung im Jahr 2100 die 9 Mrd. Grenze deutlich überschreiten wird. Wenn eine höhere Wachstumsrate einträte, könnte die Weltbevölkerung auch deutlich über 13 Mrd. Menschen anwachsen. Während es in Afrika zum

größten Wachstum kommt, kann man für Nordamerika mit einem geringen Wachstum auf ca. 500 Mio. Menschen rechnen und in Europa sogar von einer Stagnation ausgehen und für 2100 eine Bevölkerung von ca. 646 Mio. Einwohnern prognostizieren. Man sollte aber dabei bedenken, dass die Bevölkerungsdichte in den hoch industrialisierten Gebieten teilweise schon heute sehr hoch ist.

EIN TREND ZUR URBANISIERUNG

Neben dem Trend des stetigen Bevölkerungswachstums kann man einen weiteren Trend feststellen, der für die Frage, warum den Städten bei der Entwicklung von Nachhaltigkeitskonzepten eine Schlüsselrolle zukommen könnte, erheblich ist. Während 1950 noch ca. 30% der Weltbevölkerung in Städten gelebt haben, wird dies im Jahr 2050 wahrscheinlich 2/3 der Weltbevölkerung sein. In Nordamerika und Europa werden es über 85% der Einwohner sein. Den niedrigsten Anteil an städtischer Bevölkerung wird man in Afrika vorfinden. Da dieser immerhin auch noch ca. 55% beträgt, kann man feststellen, dass es mit dem Bevölkerungswachstum gleichzeitig zu einem Wachsen der Städte kommt. Im Jahr 2050 werden über 6 Mrd. Menschen in Städten leben. Dabei entstehen Städte von gigantischem Ausmaß. Während heute der Großraum um Tokyo mit über 35 Mio. Menschen das größte urbane Gebiet ist, entstehen Städte, die bis zu 100 Mio. Einwohner haben werden. Eine solche Megametropole könnte

z. B. Pearl-City in Südchina werden, wenn es zu dem Zusammenschluss aus Hong Kong-Shenzhen-Guangzhou, China kommt. Selbst wenn solche Megastädte nicht entstehen, findet man in den nächsten Jahren wesentlich mehr Städte, die 10 Mio. und mehr Einwohner haben.

DER RESSOURCENVERBRAUCH STEIGT KONTINUIERLICH AN

Ohne entsprechende Maßnahmen erhöht sich der Ressourcenverbrauch mit der Entwicklung der Bevölkerung, der Tendenz zur Urbanisierung



Dr. Ralf-Rainer Piesold

war Wirtschafts- und Umweltdezernent der Stadt Hanau. Er ist Fellow der Frankfurter University of Applied Sciences Frankfurt und lehrt in den Studiengängen Public Management und Public Administration.

und steigendem Wohlstand überproportional. Die Weltbevölkerung verbraucht heute eine Biokapazität von ca. 1,5 Erden. Bis 2050 soll sich dieser Verbrauch verdoppeln, d.h. die Weltbevölkerung benötigt die Kapazität von 3 Erden oder anders ausgedrückt, sie lebt von der Substanz. Für hoch entwickelte Industrienationen wie Deutschland beträgt der ökologische Fußabdruck schon heute das 2,5 fache und Japan verbraucht das 7 fache seiner eigenen Biokapazität. Wenn man den ökologischen Fußabdruck von Städten näher betrachtet, wird man feststellen, dass aufgrund der geringen Fläche und der hohen Einwohnerdichte sehr

hohe ökologische Fußabdrücke vorhanden sind, wie eine Untersuchung der Regionen San Francisco, Oakland und Fremont auch bestätigt. Natürlich kann man aber auch leicht nachvollziehen, dass aufgrund der hohen Einwohnerdichte die Bereitstellung von Leistungen zur Daseinsvorsorge sich effizienter erbringen lassen. Ein öffentlicher Nahverkehr ist ebenso wie ein gut funktionierendes Bildungssystem in einer Metropolregion sowohl ökologischer als auch ökonomischer zu realisieren. Daraus kann man schließen, dass die Ressourcen in Metropolen effizienter eingesetzt werden als im ländlichen Raum. Es gibt noch weitere Gründe, die dafür sprechen, dass Städte zur Nachhaltigkeit erheblich beitragen können.

URBAN MINING – OPTIMIERUNG DER WERTSTOFFKREISLÄUFE

Da für ein hoch entwickeltes Produkt, wie das Iphone 6, bis zu 40 Elemente gebraucht werden, verschärft sich das Problem der Ressourcenverknappung noch zusätzlich. Im Gegensatz zur Produktionsweise vor 250 Jahren als man 3 Elemente überwiegend zur Produktion benötigte, hat sich die Komplexität unserer Produkte kontinuierlich erhöht. Leider ist die Verfügbarkeit einiger dieser Elemente, wie z. B. seltener Erden, deutlich begrenzt. Bei einem unveränderten Verbrauch dieser Elemente wird man deswegen relativ kurzfristig an seine Grenzen stoßen. Während im ländlichen Raum das Einsammeln und Recyceln von Produkten we-

sentlich aufwendiger ist, hat man in den Städten eine erhebliche Dichte, die die Wiederverwertung wesentlich günstiger macht. So kann man beim Betrachten des Müllaufkommens der Städte schnell feststellen, dass in diesem ein hohes Potential liegt. 2013 lag das Müllaufkommen pro Einwohner in Deutschland bei 453 kg, wobei ca. 40% davon Restmüll ist, der früher deponiert und heute überwiegend verbrannt wird. Selbst in diesem Restmüll sind noch zahlreiche Wertstoffe, deren Wiederverwendung zum Schließen des Wertstoffkreislaufes beiträgt. Deshalb werden in fast allen Städten schon mehrstufige Verfahren zur Wiedergewinnung von Wertstoffen aus dem Abfall angewendet. Selbst Überlegungen in Altdeponien nach Rohstoffen zu suchen finden unter dem Oberbegriff Urban Mining zunehmend an Bedeutung. Somit wird bei der Müllverwertung und beim Entwickeln von Ressourcenstrategien den Städten eine bedeutende Rolle zukommen.

SMART CITY ODER GREEN CITY

Nachhaltigkeit und alle Begriffe, die man mit diesem verbindet, sind auch Modeworte, die überwiegend positiv besetzt sind. Deshalb werben heute fast alle Städte mit einem Nachhaltigkeits-Label, wie green-city, smart-city usw. Die Europäische Kommission vergibt, um die Entwicklung zur nachhaltigen Stadt zu fördern, seit 2010 den European Green Capital Award, der 2015 an die englische Stadt Bristol verliehen

wurde. Bei den Green-City-Konzepten wird der Umweltschutz in den Fokus gestellt, wie man am Green-City-Projekt der Stadt Frankfurt nachweisen kann. Eine moderne, nachhaltige Stadt wird trotzdem einen Schritt weiter gehen müssen. Was haben nun Bumper-to-bumper-Parkplätze im Hamburger Hafen oder ein Smart-Lighting, das bis zu 70% Einsparungen verspricht, mit einer solchen weiterführenden Stadtentwicklung zu tun? Es sind zwei Bausteine im Smart-City-Projekt, das die Stadt Hamburg mit Cisco seit 2014 entwickelt. Bumper-to-Bumper sind LKW-Parkplätze die durch Steuerungsoptimierung so eingerichtet werden, dass die LKW direkt hintereinander parken. Dadurch wird Platz gespart. Smart Lighting steuert die Beleuchtung so, dass die Lampen nur brennen, wenn sie gebraucht werden. Dadurch sollen Einsparungen bis zu 70% erzielt werden. Alle Steuerungsmaßnahmen basieren auf einer verstärkten Digitalisierung von Prozessabläufen, deren Optimierung sowohl ökologische als auch ökonomische Vorteile schaffen sollen. Da sich die Umweltsituation in „intelligenten“ Städten oder smartCities verbessert, wird sich parallel dazu auch die Lebensqualität erhöhen und die Attraktivität der Städte verbessern.

HOCHENTWICKELTE STÄDTE HABEN EINE FÜHRUNGSROLLE

Wien gilt als eine der smartesten Städte weltweit, wenn es nach dem amerikanischen Wissenschaftler

Boyd Cohen geht. Dabei definiert er diese über die sechs Handlungsfelder der Wirtschaft, Umwelt, Mobilität, Gesundheit, politische Beteiligung und Bevölkerungsentwicklung. In dem Smart-City-Projekt Wien werden gerade diese Handlungsfelder abgebildet und in einzelnen Projekten weiterentwickelt. Daraus folgt, dass eine nachhaltige Stadtentwicklung als ein ganzheitlicher Prozess betrachtet werden muss, der über den rein ökologischen hinausgeht. Wenn dieses gelingt, kann man nachhaltige Stadtentwicklungen erreichen, die auch zu einem verbesserten Umgang mit Ressourcen führen. Die meisten Städte, die mit dem Begriff Smart-City in Zusammenhang gebracht werden liegen in Nordamerika und in Europa. Gerade in diesen Kontinenten sind die Transformationsprozesse schon weit fortgeschritten, so dass man diesen Regionen eine Technologieführerschaft bescheinigen kann.

DIE MORGENSTADT

Die Fraunhofer-Gesellschaft hat eine Konzeptstudie über die Stadt der Zukunft – die Morgenstadt – erstellt. Wenn man dieser Studie folgt, werden die Städte von morgen intelligente oder smarte Städte sein, die weitgehend ressourcenschonend ausgelegt sind. Masdar in der Nähe von Abu Dhabi ist ein Stadtentwicklungsprojekt, bei dem diese Ziele erreicht werden sollen. Es ist wohl kein Zufall, dass der Ressourcenverbrauch in den Emiraten weltweit zu den höchsten gehört. Einerseits wird

die Imageverbesserung ein Motiv zu diesem Projekt sein, andererseits entwickelt man neue Technologien und erhält neue Erkenntnisse, die für die Zukunft der Städte wichtig sein werden. Wenn in den Megastädten Peking oder Mumbai schon heute erhebliche Umweltprobleme auftreten, werden sich diese in den noch größeren Städten in 20 Jahren noch potenzieren, wenn man nicht dagegen steuert. Insofern kann man feststellen, dass eine Nachhaltigkeit nur von den Städten ausgehen wird.

SMART CITY ALS LIBERALE STADT

Wenn eine Stadt nachhaltig sein will, muss sie ihre Bevölkerung einbinden und auch selbstverantwortlich handeln lassen. Die Digitalisierung wird einfache Prozessabläufe, wie Straßenbeleuchtung, verändern, sie wird aber auch komplexe Prozesse, wie Bürgerbeteiligung, neu definieren. Nachhaltigkeit kann man deshalb nicht den Menschen aufzwingen. Nachhaltigkeit kann man sich auch nicht auf Kosten der nächsten Generationen durch Schulden „erkaufen“. Nachhaltigkeit setzt auf Freiheit des einzelnen und will die Freiheit der zukünftigen Generation erhalten. Insofern wird eine Smart-City auch eine liberale Stadt sein müssen.

IMPRESSUM

3. Jahrgang *, Heft 3
www.liberales-perspektiven.de
 Auflage 1000
 VLA – Verband Liberaler Akademiker
 – Seniorenverband
 Liberaler Studenten e.V.

*nach Neukonzeption und -gestaltung

HERAUSGEBER

VLA – Verband Liberaler Akademiker
 – Seniorenverband
 Liberaler Studenten e.V.
 Brigitte Bremer (Präses)
bremers@liberales-perspektiven.de

REDAKTION

Brigitte Bremer
 Dr. Ralf-Rainer Piesold

AUTOREN DIESER AUSGABE

Nicola Beer, Brigitte Bremer,
 Dr. Matthias Büger, Peer Juling,
 Christina Krauss, Sabine
 Leutheusser-Schnarrenberger,
 Univ.-Prof. Dr. Bernd Markert,
 Dieter Niewierrra,
 Dr. Ralph-Rainer Piesold,
 Katharina Sprott, Josef Tutsch,
 Sven-Oliver Wolff ,
 Dr. Simone Wünschmann

BILDNACHWEISE

Brigitte Bremer; Tobias Koch (SLS);
 Freepik.com (S.19);
 Polybert49 flickr (S.24);
 Umschlag: Freie Demokraten;
 Titelbild: Michael Heiss,flickr;

LAYOUT

Design.Sorgenfrei.
 UG (haftungsbeschränkt)
 Große Beckstraße 17, 44787 Bochum

KORREKTORAT

Benedikt Bente,
 Dr. Simone Wünschmann

DRUCK

Druck und Werte GmbH
 Peterssteinweg 17, D-04107 Leipzig

LAYOUT

Design.Sorgenfrei.
 UG(haftungsbeschränkt)
 Große Beckstraße 17, 44787 Bochum

VLA

Gegründet 1955 in Bonn,
 Registergericht: Amtsgericht
 Berlin (Charlottenburg) VR 23444 B
 Steuernummer: 27/680/58186
 ISSN 2193-7133

Nicola Beer war Staatssekretärin und Kultusministerin in Hessen und war von 1999 bis 2009 Mitglied des Hessischen Landtages. Seit 2013 ist sie wieder Mitglied des Landtages und Generalsekretärin der FDP Deutschland.

NACHHALTIGKEIT IN DER FDP

EIN GESPRÄCH
GEFÜHRT VON
DR. RALF-RAINER PIESOLD



Dr. Ralf-Rainer Piesold: Sehr geehrte Frau Beer, Sie waren Staatssekretärin und Kultusministerin in Hessen und waren von 1999 bis 2009 Mitglied des Hessischen Landtages. Seit 2013 sind Sie wieder Mitglied des Landtages und Generalsekretärin der FDP Deutschland. Die Freien Demokraten haben seit 2013 einen Erneuerungsprozess eingeleitet, der beachtlich ist und insbesondere liberale Grundwerte in den Vordergrund setzt. Frau Beer, was bedeutet Nachhaltigkeit für Sie?

Der Begriff Nachhaltigkeit umfasst für mich politische, wirtschaftliche und ökologische Ansätze, die über die Anforderungen des jeweiligen Tagesgeschäfts hinausgehen. Prinzipiell sehe ich es als Aufgabe von Staat und Wirtschaft, die Konsequenzen des eigenen Handelns auf die nachfolgenden Generationen im Blick zu haben. Insofern ist für mich der Terminus „Generationengerechtigkeit“ das wohl passendste Äquivalent zu „Nachhaltigkeit“.

Die Hochschule Kehl hat nachgewiesen, dass Politiker, die den Begriff Nachhaltigkeit nicht verwenden, signifikant schlechtere Wahlergebnisse erhalten. Ist Nachhaltigkeit mittlerweile zu einem politischen Kampfbegriff oder ein Allerweltswort geworden?

Auch wenn der Begriff in der politischen Debattenkultur der vergangenen Jahrzehnte teilweise überstrapaziert wurde, trifft er im Kern einen richtigen Ansatz: Verpflichtet sich ein Politiker einer „nachhaltigen“ Strategie, so übernimmt er Verantwortung dafür, dass auch Jahre oder Jahrzehnte später Menschen von den beschlossenen Maßnahmen profitieren können. Da auch die Bürgerinnen und Bürger in ihren Handlungen nicht bloß die unmittelbare Gegenwart, sondern auch die Herausforderungen der Zukunft beachten, erwarten sie nachvollziehbarerweise eine ähnliche Herangehensweise seitens der Politiker. Der Begriff als solcher darf jedoch nicht zur politischen Phrase werden, sondern muss beständig mit neuem Leben gefüllt werden, um glaubhaft zu bleiben.

Hans Dietrich Genscher hat einmal gesagt: „Wir, die wir heute leben, tragen nicht nur Verantwortung gegenüber unseren Zeitgenossen, wir tragen sie auch gegenüber allen nachfolgenden Generationen“. Teilen Sie die Auffassung unseres Ehrenvorsitzenden?

Das ist wohl eine der treffendsten Definitionen für „Nachhaltigkeit“, die es überhaupt gibt. Ausgehend von dieser Aussage sehen wir auch wie vielschichtig dieser Begriff ist, da es um weit mehr als nur um ein Umweltbewusstsein geht: Nachhaltigkeit lässt sich ebenso gut auf die Bereiche Bildung, Wirtschaft und

Finanzen sowie das gesellschaftliche Zusammenleben anwenden, für die eine nachhaltige, gedeihliche Entwicklung die Maxime sein sollte.

Der Nachhaltigkeitsbegriff wurde zum ersten Mal 1713 von Hans Carl von Carlowitz in seinem Werk *Silvicultura oeconomica* verwendet. Herr von Carlowitz hat mit

« Welche Konsequenzen haben meine heutigen Entscheidungen in 10, 20 oder 50 Jahren? »

dem Begriff Nachhaltigkeit den langfristig angelegten verantwortungsbewussten Umgang mit dem Wald beschrieben. Auch vom Club of Rome und im Brundlandt-Bericht wird der ökologische Aspekt deutlich in den Vordergrund gestellt. Ist dieser Aspekt heute noch genau so dringend wie 1713 oder Ende des 20. Jahrhunderts?

Ich möchte diese Frage bewusst herumdrehen: Wäre es vielleicht bereits damals sinnvoll gewesen, den Nachhaltigkeitsbegriff weiter zu fassen? Es gibt nämlich viele historische Ereignisse in diesen Epochen, die gemäß unseres modernen Begriffsverständnisses als nachhaltig gelten können – wie zum Beispiel die Verbreitung aufklärerischen Denkens im 18. Jahrhundert, Glasnost und Perestroika sowie die Wiedervereinigung Deutschlands Ende des 20. Jahrhunderts. Folglich hätte Nachhaltigkeit

auch in den beschriebenen Epochen ebenfalls politische und gesellschaftliche Aspekte umfassen können. Ich denke, dass daher nicht zwingend eine größere Dringlichkeit des ökologischen Aspekts für die Begriffsdefinition ausschlaggebend war, sondern eher eine semantische Begrenzung, die in den vergangenen Jahren allmählich aufgebrochen wurde.

Nach einer Studie, die von der UN veröffentlicht wurde, werden im Jahr 2050 mehr als 9 Mrd. Menschen auf der Erde leben. Davon ca. 65% in den Städten. In den entwickelten Nationen in Amerika, Europa oder Asien wird der Anteil auf ca. 90% steigen. Kommen neue Probleme auf uns zu? Ist es wichtig, dass man Nachhaltigkeit auch aus dem Blickwinkel der sozialen und ökonomischen Nachhaltigkeit sieht, also den Fortbestand der Gesellschaft sowie auch die Ver- und Entsorgungsaufgaben der Städte und Kommunen betrachtet?

Das ist ein ausgezeichnetes Beispiel, das uns vor Augen führt, dass wir das Thema Nachhaltigkeit im Sinne einer Generationengerechtigkeit in zahlreichen Bereichen in unserem Denken und Handeln verankern sollten. Jeder Politiker steht in der Verantwortung, sich selbst zu hinterfragen: Welche Konsequenzen haben meine heutigen Entscheidungen in 10, 20 oder 50 Jahren? Gerade im Bereich des urbanen Zusammenlebens können wir bereits heute wichtige

Weichenstellung für die Zukunft vornehmen, indem wir die Digitalisierung vorantreiben und Lösungen für die Infrastruktur Herausforderungen der Zukunft angehen.

Der ökologische Fußabdruck betrug 2015 in Deutschland 4,6. Bis zum Jahr 2050 gehen Prognosen davon aus, dass der ökologische Fußabdruck ca. 3 beträgt, d.h. wir

Ressourcen in Wohlstand leben zu lassen. Sie sind demnach nicht der Feind, sondern elementarer Bestandteil einer nachhaltigen Entwicklung. Es kann also nicht darum gehen, Ökologie und Ökonomie gegeneinander auszuspielen. Nur Ansätze, die beide Aspekte nicht losgelöst voneinander, sondern integriert betrachten, werden auf Dauer erfolgreich sein.

**« Bei allen politischen Entscheidungen,
die heute getroffen werden,
müssen alle ihre Auswirkungen
und Belastungen auf die künftigen Generationen
berücksichtigt werden. »**

würden die Biokapazität der Erde um fast das 3 fache verbrauchen. Aus dem Umfeld der Grünen hört man, dass man diese Entwicklung nur mit einer Suffizienz-Strategie (Wirtschaftsschrumpfen) aufhalten kann. Ist diese Idee überhaupt mehrheitsfähig?

Die Suffizienzstrategie wird von den Grünen häufig als Königsweg einer nachhaltigen Entwicklung propagiert. Wer den Begriff der Nachhaltigkeit aber nur streng ökologisch auslegt, wird den Herausforderungen der Zukunft nicht gerecht. Eine wachsende Wirtschaft und technologischer Fortschritt sind notwendig, um eine global wachsende Bevölkerung bei gleichzeitiger Schonung von

Der Wirtschaftsnobelpreisträger Robert Solow hat Wirtschaftswachstum mit technischem Fortschritt erklärt. Sie haben sich in Hessen dafür eingesetzt, dass ein Fraunhofer Institut für Wertstoffkreisläufe und Ressourcenstrategien eingerichtet wurde. Ist das der richtige Weg? Kann Deutschland als Forschungs- und Wissenschaftsstandort zur Lösung der weltweiten Probleme beitragen?

Ja, die angesprochene Fraunhofer Projektgruppe IWKS, aus der sich mit dem Standort Hanau-Wolfgang hoffentlich bald ein eigenes Institut entwickelt, ist sicher ein gutes Beispiel. Mit einer intelligenten und ambitionierten Forschungspolitik

kann Deutschland einen besonderen Beitrag zu den weltweiten Herausforderungen leisten und auch selbst von den Ideen, die hierzulande entwickelt wurden, profitieren. Wenigstens genauso wichtig ist aber auch ein gesellschaftlicher und politischer Nährboden, der der Forschung Freiheit einräumt und neuen Technologien Chancen bietet. In der politischen Diskussion geht es hingegen häufig in erster Linie darum, wie man Forschung stärker regulieren oder mit bürokratischen Hürden gar weitgehend unterbinden kann. Nicht auf die Stärkung der Eigenverantwortung der Wissenschaft zu setzen, sondern auf Bevormundung, ist aber gerade auch unter Nachhaltigkeitsaspekten ein großer Fehler: Forschung wird so nicht nur künstlich verteuert, vor allem aber lässt man wichtige Potenziale ungenutzt.

Frau Beer, Sie leben in der prosperierenden Rhein-Main-Region. Viele Städte entwickeln sich zu „green-cities“ oder „smart-cities“ um den Ressourcenverbrauch zu drosseln bzw. zu optimieren. Wie schätzen Sie den Weg ein, um damit das urbane Leben zu verbessern?

Der demografische Wandel, die Globalisierung, die Anforderungen an den Klimaschutz, die Sicherung der Infrastruktur, die zunehmende Verflechtung der Weltwirtschaft und die Verankerung der Nachhaltigkeit auf der lokalen Ebene

werden zwar regional sehr unterschiedlich, aber schließlich für alle Städte und Gemeinden die Zukunftsaufgaben bestimmen. Gerade in den Städten werden sich die Folgen der weltweiten Veränderungen konzentrieren und verstärken. Durch die Digitalisierung werden sich weitreichende Veränderungen in den Bereichen Wohnen, Mobilität, Arbeiten, Bildung und Freizeit ergeben. Es gilt, diese Veränderungen als Chance zu begreifen und sich den Herausforderungen aktiv zu stellen. Dabei sollten wir nicht nur bis zu den Stadtgrenzen denken, sondern darüber hinaus. Gerade die Rhein-Main-Region ist als ‚Smart Region‘ prädestiniert und könnte internationaler Vorreiter für die exemplarische Nutzung der Chancen durch den digitalen Wandel sein. Ich verstehe die ‚Smart Region‘ als ein Netz mit vielfältigen Knotenpunkten bei Infrastruktur, Verkehr, Unternehmen, Wissenschaft, Kunst und Kultur, aber auch zivilgesellschaftlichen Akteuren wie Gewerkschaften und Verbände. Die Lebenswelt, die Arbeitswelt, die Wissenswelt von morgen und übermorgen sind dabei unmittelbar mit der Stadt- und Regionalplanung verbunden.

Staaten und Städte haben sich in kaum bekannter Weise verschuldet. Um auf Hans-Dietrich Genscher zurückzukommen: Er hat das Gebot der Nachhaltigkeit, sei es beim Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen oder bei der Rückführung der Staatsverschuldung betont. Müssen wir unter

Nachhaltigkeit auch eine finanzielle Nachhaltigkeit definieren?

Ein nachhaltiges Wirtschaften von Politik und Staat ist eines unserer Kernanliegen. Bei allen politischen Entscheidungen, die heute getroffen werden, müssen alle ihre Auswirkungen und Belastungen auf die künftigen Generationen berücksichtigt werden. Diese dürfen nicht auf Kosten unserer Kinder und Enkel gehen. Ein Staat, der über seine Verhältnisse lebt, vergreift sich am Wohlstand künftiger Generationen, deshalb darf er nicht mehr ausgeben, als er einnimmt, sonst verursacht er nämlich nur eins: Schulden. Deshalb ist es auch so wichtig, dass wir am Ziel der „Schuldenbremse“ auf allen Ebenen festhalten. Auch die Entschuldung der Kommunen darf dabei nicht vergessen werden. Wir haben zum Beispiel in Regierungsverantwortung in Hessen einen Schutzschirm zur Entschuldung von Kommunen aufgelegt. Dabei mussten sich die Kommunen verpflichten zukünftig keine neuen Schulden mehr aufzunehmen. Dieses Programm ist ein großer Erfolg. Nur wenn wir Nachhaltigkeit umfassend formulieren, werden wir auch in Zukunft Wohlstand und Zukunftsperspektiven eröffnen können.

Der Verband Liberaler Akademiker hat 2015 sein Pfingstseminar unter das Motto „Brücken in die Zukunft – Nachhaltigkeit als Grundprinzip“ gestellt. Dem Verband gehören auch sehr viele junge Menschen an. Was raten Sie jungen Menschen, wie z.B. den Mitglie-

dern der LHG, wie sie dazu beitragen können, nachhaltige Entwicklung zu fördern?

Ich bin überzeugt, dass man Bürgern mit einer liberalen Geisteshaltung da gar nicht so viele Hinweise geben muss. Die Konsequenzen des eigenen Handelns zu Ende zu denken und die Verantwortung dafür auch gegenüber anderen Menschen und nachfolgenden Generationen zu übernehmen, verbindet den Gedanken der Nachhaltigkeit mit einem Grundpfeiler des Liberalismus. Technologischer Fortschritt und Marktwirtschaft erlauben jedem Einzelnen, einen Beitrag für nachhaltige Entwicklung zu leisten. Insofern sollte man schauen, wie man diese Chancen für sich und andere nutzen und mehren kann.

Wenn Sie in einem 140 Zeichen Tweet die drei wichtigsten Nachhaltigkeitsziele der FDP darstellen müssten. Was wären diese?

Beste Bildung für jeden ermöglichen! Wirtschaftswachstum durch Innovation + Investition verantwortungsvoll nutzen! Schuldenbremse einhalten!

Frau Beer, vielen Dank dafür, dass Sie sich die Zeit genommen haben, die Fragen zu beantworten. Ich hoffe natürlich, dass die Entwicklung, die Sie mit Christian Lindner eingeleitet haben, zu einer nachhaltigen Politik in Deutschland führt. Dafür wünschen wir Ihnen vom Verband Liberaler Akademiker viel Glück.

Dieter Niewierra

DER WELTKLIMAGIPFEL UND SEINE UMSETZUNG:

Wie nachhaltig agierende Investoren
den neuen Anforderungen gerecht werden können



Das Jahr 2015 stand bei nachhaltigen Investoren ganz im Zeichen des Klimawandels bzw. dessen Bekämpfung. Der erfolgte politische Durchbruch auf dem Weltklimagipfel in Paris im Dezember 2015, dem das G7-Treffen in Elmau im Juni sowie die Verabschiedung der Sustainable Development Goals der UN im Sep-

tember 2015 voraus gegangen waren, wird zu Recht als Meilenstein und möglicher Wendepunkt im weltweiten Umgang mit Treibhausgasen und fossilen Brennstoffen gesehen. Endlich wurden Anforderungen und Zielformulierungen bezüglich der Reduktion von klimaschädlichen Treibhausgasen definiert. So hat der

Weltklimagipfel eine Begrenzung der weltweiten Klimaerwärmung auf höchstens zwei Grad beschlossen. Die Internationale Energie Agentur IEA schlägt darüber hinaus einen Maßnahmenkatalog vor, mit dem der Höchststand der energiebedingten Emissionen bereits 2020 erreicht werden soll. Zudem sollen auch das Wachstum umweltschädlicher fossiler Brennstoffe (v.a. Kohle und Öl) in den nächsten fünf Jahren verlangsamt und der Ausbau und die Entwicklung erneuerbarer Energien angekurbelt werden. Der Katalog sieht dabei unter anderem vor, den Betrieb der am wenigsten effizienten Kohlekraftwerke zunehmend zurückzuführen und den Bau neuer Kraftwerke zu verbieten. Zudem sollen Subventionen für fossile Brennstoffe für die Endverbraucher bis 2030 auslaufen.

Was Politiker und Staaten als gemeinsames Ziel vereinbart hatten, hatte

sich zukünftig werden messen lassen müssen. Dekarbonisierung ist dabei das Schlagwort der Stunde. Doch die hierfür von der Politik formulierten Ziele bedeuten letztlich zusätzliche Vorgaben und Regularien für Unternehmen und Investoren. Es ist daher eine verstärkte Berichtspflicht für Unternehmen hinsichtlich ihrer jeweiligen Carbon-Belastung – beispielsweise durch erweiterte Umwelt- und Nachhaltigkeitsberichte – sowie für Investoren hinsichtlich des Carbon-Risikos ihrer Investments zu erwarten. Dies soll dazu beitragen, von staatlicher Seite Fortschritte und Entwicklungen im Kampf gegen den Klimawandel sichtbar zu machen und die Einhaltung von politisch definierten Zielen zu verfolgen.

Investoren sind nun darauf angewiesen, den Carbon-Anteil ihrer Investments zu kennen, um diesen zu minimieren und mögliche Verluste

« Doch die hierfür von der Politik formulierten Ziele bedeuten letztlich zusätzliche Vorgaben und Regularien für Unternehmen und Investoren. »

die Finanzindustrie bereits im September 2014 im Rahmen des „Montreal Carbon Pledge“ mit der Selbstverpflichtung hin zum Ausstieg aus Investments mit Carbon-Anteil definiert. Mit Paris folgt nun die verbindliche und politisch verabschiedete Verpflichtung, nach deren Einhaltung Unternehmen und Investoren

te aus wertlos gewordenen Anlagen vermeiden zu können. In diesem Zusammenhang hat Divestment als Anlagestrategie und Maßnahme zur Umsetzung der Dekarbonisierungspläne deutlich an Fahrt aufgenommen. Carbon Divestment wird also als Strategie verstanden, nicht weiter auf klimaschädliche Treibhausgase zu

setzen und Investments in Anlagen mit CO₂-Risiken zu vermeiden, sowie bereits getätigte Investments durch deren Abzug aus riskanten oder ungewünschten Anlagen zu schützen.

«So sollte für Investoren sichtbar werden, wie sich die klimabezogenen Aktivitäten darstellen.»

Entscheidende Voraussetzungen für alle Arten proaktiver Maßnahmen sind daher quantitative und qualitative Informationen und Reports, wie sie beispielsweise von oekom research, einer der führenden Ratingagenturen im Nachhaltigkeitsbereich, zur Verfügung gestellt werden. Neben den reinen Fakten sollten diese Reports auch Bewertungen und Einschätzungen zum jeweiligen Carbon-Risiko eines Investments liefern. Denn wer gemessen wird und staatlichen Vorgaben entsprechen muss, benötigt einen Maßstab für und Einschätzungen über den jeweiligen eigenen Standpunkt darin. Klimawandelbezogene Daten werden somit zunehmend zum festen Bestandteil sowohl in den Konzernstrategien der Unternehmen als auch bei den Investmententscheidungen der Finanzinstitute und helfen dabei, staatlich definierte Ziele zu erreichen.

Zentrale Elemente, um individuelle Divestment-Strategien festlegen und erfolgreich und wirkungsvoll im Sinne der Vorgaben des Weltklimagipfels

umsetzen zu können, sind die Identifikation derjenigen Unternehmen, die im Bereich Kohle, Öl oder Erdgas tätig sind und die darauf folgende Differenzierung und Quantifizierung ihrer jeweiligen Geschäftstätigkeiten auf diesen Gebieten. So sollte für Investoren sichtbar werden, wie sich die klimabezogenen Aktivitäten darstellen: Ist ein Unternehmen Produzent, Weiterverarbeiter oder Dienstleister im Bereich fossiler Brennstoffe? Und wenn ja, wie hoch sind die jeweiligen Umsatzanteile in den einzelnen Geschäftsbereichen und auch der Anteil des Unternehmens an der weltweiten Förderung?

Eine solch detaillierte Betrachtung klimarelevanter Unternehmenstätigkeiten liefert nicht nur eine Entscheidungsgrundlage für Investoren, sondern nimmt letztlich auch die Unternehmen selbst in die Pflicht, sich ihrer Situation zu stellen und Maßnahmen zum Management ihrer Risiken zu ergreifen.

Letztendlich stärken die politischen Beschlüsse des Weltklimagipfels die Rolle von nachhaltigen Investoren, werden doch diese durch ihren Einfluss und die Steuerungsmöglichkeiten für ihre Investments zu zentralen Akteuren bei dem Bestreben für eine nachhaltige Zukunft.

Dieter Niewierra ist Director Communications bei der oekom research AG. Dort verantwortet er seit August 2015 die interne und externe Kommunikation der international anerkannten Nachhaltigkeits-Ratingagentur. Zuvor war er über 15 Jahre bei verschiedenen Public Relations- und Kommunikationsagenturen tätig.



BIG DATA UND DATENSCHUTZ

EIN UNVERSÖHNLICHER GEGENSATZ?

*Festvortrag von Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
zum 60-jährigen Jubiläum des VLA in Berlin*

Die Digitalisierung durchdringt in immer neuen Dimensionen unser Leben. Ob Internetshopping oder -banking, Smart-Home, Fitness-Apps oder soziale Medien: Die Digitalisierung des Lebensraums oder „Big Data“ ist einer der Megatrends der vergangenen und auch der kommenden Jahre. Sicher: Es gibt viele Chancen und Möglichkeiten – für den Einzelnen, auch für Unternehmen. Tracking zum Beispiel: Mancher Nutzer findet es gut, nicht mit Werbung genervt zu werden, die nicht interessiert. Das die Werbung schaltende Unternehmen findet es gut, Nutzer zielgenau ansprechen zu können.

Also eine Win-Win-Situation? Können wir uns wirklich wie in anderen Phasen besonders dynamischer technologischer Entwicklung der Vergangenheit zurücklehnen und abwarten? Uns darauf zurückziehen, dass jede neue Technik eben auch Nachteile habe? Können wir darauf vertrauen, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen ausreichend sein werden, neue Lebenswirklichkeiten abzubilden?

Eines ist unstrittig: Daten sind Machtinstrumente der Zukunft. Wer über sie verfügt, verfügt über den Rohstoff der größten technologischen Entwicklung unserer Zeit, der Digitalisierung. Aus liberaler Sicht, vom Bürger her gedacht: Eine starke Ausgangsposition. Es sind schließlich seine Daten.

Die Realität der letzten Jahre zeigt aber etwas anderes sehr deutlich: Die Kehrseite der Digitalisierung ist die fundamentale Gefahr für die Selbstbestimmung des Einzelnen und für

den Schutz seiner Privatsphäre. Daten werden in unvorstellbarer Menge erhoben, aus- und verwertet. Mit Daten-Mining werden aus vorhandenen Daten immer neue Datenraster herausgefiltert. Es ist klar, dass das eine erhebliche Einschränkung der Privatsphäre des Einzelnen ist. Und auch wenn sich die Grenze zwischen öffentlich und privat durch die Digitalisierung verschieben mag, gehört die Privatsphäre unverzichtbar zur Persönlichkeit eines jeden. Es ist auch kein liberales Argument zu behaupten, dass es dem Einzelnen ja freistünde, moderne Techniken zu benutzen oder es eben zu lassen. Die Kräfte-

«Daten werden in unvorstellbarer Menge erhoben, aus- und verwertet.»

und Machtverhältnisse zwischen den Big Playern der Digitalwirtschaft und dem Einzelnen sind nicht mal ansatzweise ausgeglichen. Es kann von keinem Nutzer verlangt werden, sich von technologischen Entwicklungen abzukoppeln und sich damit auch von gesellschaftlicher Veränderung – nur damit seine Freiheitsrechte gewahrt bleiben. Wie wichtig diese Frage ist, zeigen die Ergebnisse der aktuellen Studie der Initiative D 21: Danach geben mehr als 50% der Nicht-Internetnutzer als Grund für ihre Nichtnutzung an, sie würden nicht überwacht werden wollen. Nein, der Verweis auf Nichtnutzung ist keine Lösung. Es ist Aufgabe und Verpflichtung von Politik und Gesetzgeber, das Recht auf Privatsphäre und informationelle Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger im digitalen

Zeitalter abzusichern. Das rechtliche Fundament für diese Absicherung ist stark: Das Bundesverfassungsgericht hat mit der Grundsatzentscheidung zur Volkszählung aus dem Jahr 1983 unmissverständlich erklärt, dass

Sabine

Leutheusser-Schnarrenberger

wurde am 26. Juli 1951 in Minden geboren, war 23 Jahre Bundestagsabgeordnete und zwei Mal Bundesministerin der Justiz, zunächst im Kabinett von Bundeskanzler Kohl (1992 - 1996). Am 14. Dezember 1995 kündigte sie aus Protest gegen die geplante akustische Wohnraumüberwachung im Rahmen des „Großen Lauschangriffs“, der von ihrer Partei in einer Mitgliederbefragung befürwortet worden war, ihren Rücktritt an und schied am 17. Januar 1996 aus dem Amt aus. Erneut berufen wurde sie 2009 in das Kabinett von Bundeskanzlerin Angela Merkel, dem sie dann bis 2013 beiwohnte.

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger ist seit 1978 Mitglied der FDP und seit 1997 Mitglied des VLA.

zum allgemeinen Persönlichkeitsrecht das Recht des Einzelnen gehört, selbst zu entscheiden, wann und innerhalb welcher Grenzen persönliche Lebenssachverhalte von ihm preisgegeben werden. Es hat die Gefahren gesehen, die dem Persönlichkeitsrecht unter den Vorzeichen der automatisierten Datenverarbeitung drohen und reklamiert, dass der einzelne davor besonders geschützt werden muss.

Die damals aufgestellten Anforderungen an Eingriffe in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung sind heute genauso aktuell und angesichts der Dynamik und Dimension der Digitalisierung sogar noch bedeutsamer. Es geht um die grundgesetzlichen Freiheitsrechte, die die Grundlage unserer Demokratie sind und die durch technische Entwicklungen nicht ausgehöhlt werden dürfen. Sie schaffen eine objektive Werteordnung, an die Staat und Unternehmen gebunden sind.

Das heißt:

- Dass es keine unbegrenzte Erhebung, Speicherung, Verwendung und Weitergabe persönlicher Daten geben darf.

- Dass der Bürger genau wissen muss, welche seiner Daten wo, von wem, wie lange und zu welchem Zweck erfasst und verarbeitet werden.

- Dass die Sensibilität der Daten sich aus ihrem Verwendungszusammenhang ergibt: Nicht das einzelne Datum ist entscheidend, sondern seine Nutzbarmachung und die Gesamtbewertung.

Die sich aus diesen Grundsätzen ergebenden Anforderungen an Verantwortung und Transparenz gelten für Unternehmen wie für den Staat und seine Instanzen. Deshalb: Es ist legitim, wenn sich der Staat moderner Techniken zur Verbrechensaufklärung und -bekämpfung bedienen möchte. Er muss aber selbstverständlich den grundgesetzlichen Rahmen beachten. Die anlasslose Vorratsdatenspeicherung fügt sich nicht in diesen Rahmen. Bundesverfassungsgericht und Europäischer Gerichtshof haben das klar entschieden. Leider haben diese Entscheidungen den Deutschen Bundestag nicht davon abgehalten, mit den Stimmen von Union und Sozialdemokraten einen neuen Versuch dieses unverhältnismäßigen Angriffs auf die informationelle Selbstbestimmung der Bürger zu starten. Die FDP wird neben anderen Verfassungsbeschwerden einlegen.

Deshalb: Es ist legitim, wenn IT-Unternehmen Gewinne machen wollen. Aber Geschäftsmodelle, die auf der Aneignung von Verfügungsmacht und Verwertungshoheit persönlicher Daten ohne konkrete Zustimmung des eigentlichen Dateninhabers, des einzelnen Nutzers beruhen, entsprechen nicht dem Wertegerüst unserer freiheitlichen und auf das selbstbestimmte Individuum setzenden Verfassung. Hier brauchen wir dringend einen rechtlichen digitalen Gestaltungsrahmen, der die Kernelemente des Datenschutzes abbildet. Die unbedingte Wahrung von Persönlichkeitsrechten im Netz kann keine rein nationale Angelegenheit sein. Für Europa brauchen wir gemeinsame Datenschutzstandards, die auch für internationale IT-Konzerne mit Sitz außerhalb der Europäischen Union gelten. Wenn diese Unternehmen Daten europäischer Bürgerinnen und Bürger erfassen, analysieren, vernetzen und dann ihre Dienstleistungen in der Europäischen Union anbieten, müssen sie sich nach dem Marktortprinzip an europäisches Recht halten und dürfen sich mit der Wahl ihres Sitzes nicht einem effektiven Datenschutz entziehen. Die Aufkündigung des Safe-Harbour-Abkommens durch den EuGH bietet hierzu alle Möglichkeiten. Die seit über drei Jahren andauernden Beratungen im europäischen Gesetzgebungsverfahren zu einer europäischen Datenschutzgrundverordnung müssen endlich zu einem Abschluss gebracht werden. In den Gestaltungsrahmen gehört auch die Regelung des sog. „Recht auf Vergessen“. Die Notwendigkeit

einer solchen Vorgabe hat jüngst der Europäische Gerichtshof eindrucksvoll unterstrichen. Erstmals wurde die Verpflichtung der Betreiber von Suchmaschinen begründet, bei namensbasierten Recherchen Links zu Online-Artikeln zu löschen, deren Inhalt nicht mehr zutreffend, veraltet oder unangemessen ist. Die Begründung für diese Verantwortung der sogenannten Intermediäre oder Gatekeeper wird aus der Dimension der Verbreitung von Informationen durch Suchmaschinen hergeleitet, die im Gegensatz zu Papierzeitungen und -zeitschriften alte Artikel unbegrenzt erfolgt. Dieses neue Recht des Nutzers auf Löschung von Links sollte in seiner globalen Reichweite und besonders verfahrensmäßig gesetzgeberisch abgesichert werden. Es darf im Interesse der Grundrechte der Nutzer nicht der Rechtsprechung allein überlassen bleiben, sich um den europäischen Grundrechtsschutz verdient zu machen.

Wir werden selbstfahrende Autos und Gesundheits-Tracking nicht verhindern können. Wir wollen das auch gar nicht, liegen in der weiteren Digitalisierung doch die Chancen auf individuelle Lebenserleichterung und gesellschaftlichen Fortschritt. Aber festzuhalten ist: Datenschutz mit einer den Optionen des Netzes Rechnung tragenden Definition der Privatsphäre und der informationellen Selbstbestimmung muss Big Data prägen und korrelierend begleiten, um eine positive Entwicklungsdynamik für Staat und Gesellschaft zu erlauben.

Dr. Matthias Büger

DER WEG IN DIE EINHEITSSCHULE

STREIT UM DAS PROMOTIONSRECHT FÜR FACHHOCHSCHULEN

Am 16. Juli 2015 fand im Hessischen Landtag eine Anhörung zur Novelle des Hochschulgesetzes statt. Ich hatte die Ehre, als Vertreter des VLA geladen zu sein. Alle Hochschulen des Landes waren vertreten und ihre Stellungnahmen könnten unterschiedlicher nicht sein. Im Mittelpunkt stand ein Thema von hohem Symbolwert: die Frage eines eigenständigen Promotionsrechts für Fachhochschulen, bei der die schwarz-grüne Landesregierung einen Entwurf vorgelegt hatte, der über die Regelung anderer Bundesländer hinaus geht und sie an die Spitze einer Bewegung setzt, deren Ziel es ist, die Unterschiede zwischen den einzelnen Hochschultypen verschwinden zu lassen. Dazu gehört auch die Abschaffung des Terminus „Fachhochschule“, die in „Hochschulen für angewandte Wissenschaften“ umbenannt werden.

Der Symbolwert der Regelung ist hoch. Das Promotionsrecht ist ein konstituierendes Element einer Universität. Durch dieses Recht hebt sie sich von anderen Bildungs- und Forschungseinrichtungen ab. Nachdem die Habilitation durch neue Formen wie Junior Professuren und Tenure Tracks zurückgedrängt wurde, ist das Promotionsrecht das letzte ver-

bliebene Recht, das ausschließlich den Universitäten zusteht. Weil die Heranbildung wissenschaftlichen Nachwuchses zentrale Aufgabe einer Universität ist, verfügt sie über einen wissenschaftlichen Mittelbau, der einerseits forscht und lehrt, andererseits sich selbst weiter qualifiziert. Zentrale Qualifikation ist hierbei die Promotion. Dies alles gibt es an anderen Bildungseinrichtungen nicht, auch nicht an Fachhochschulen.

Mit der Frage des Promotionsrechts ist also die Diskussion um die zukünftige Struktur unserer Hochschullandschaft eröffnet. Nachdem der Bologna-Prozess die Abschlüsse europaweit und auch Hochschulform übergreifend angeglichen hat, geht es nun um die Angleichung der Hochschulformen. Kritiker der Trennung in Universitäten und Fachhochschulen führen an, dass vor einhundert Jahren auch die Schaffung Technischer Universitäten eine solche Anpassung an die Erfordernisse der Zeit gewesen seien. Sie übersehen aber, dass es damals um die berechtigte Forderung nach Erweiterung des Fächerkanons ging, während an deutschen Universitäten und Fachhochschulen oftmals dieselben Fächer unterrichtet werden. Dass da-

bei die Ausbildung an Universitäten und Fachhochschulen ein unterschiedliches wissenschaftliches Niveau besitzt, sollte nicht als Schwäche, sondern als Stärke verstanden

«Ein höherwertiger Bildungsabschluss wird als gesellschaftliches Ideal verklärt – die anderen Abschlüsse werden zurückgedrängt.»

werden. Gerade weil die Menschen unterschiedlich sind, benötigen sie unterschiedliche Bildungswege. Die Einheitshochschule setzt den Einheitsmenschen voraus, den wir zu recht weder haben noch wünschen. Die Diskussion folgt einem bekannten Grundmuster: Ein höherwertiger Bildungsabschluss wird als gesellschaftliches Ideal verklärt, die anderen Abschlüsse zurückgedrängt. Damit dies gelingt, muss die Qualität gesenkt werden. Zu beobachten ist dies bereits in der Schule, in der das Abitur mit Quoten von an die 60% bereits zum dominierenden Abschluss geworden ist. Über 50% eines Jahrgangs beginnen inzwischen ein Hochschulstudium – Tendenz steigend. Dies führt zu einem Mangel in der klassischen Berufsausbildung und zu einer Absenkung des Niveaus der Hochschulabsolventen. Nun folgt als Nächstes der Doktorgrad.

Dies ist der falsche Weg. So sehr forschungsstarken Fachhochschulen die Möglichkeit eingeräumt werden sollte, in Kooperation mit einer Universität Promotionsverfahren durchzuführen – und hier müssen sich die

Universitäten stärker in die Pflicht nehmen lassen – sollte das deutsche Hochschulwesen seine Differenzierung nicht auf dem Altar der Gleichmacherei opfern. Ein guter FH-Absolvent verdient nicht selten mehr als ein Abgänger einer Universität. Darauf kann eine gute Fachhochschule zurecht stolz sein. Es gibt gar keine Notwendigkeit, eine Universität werden zu wollen. Das oberste Ziel in der Hochschuldebatte sollte Vielfalt und Qualität sein. Das Promotionsrecht für Fachhochschulen ist dafür ein Rückschritt, denn es verringert die Vielfalt und gefährdet die Qualität.

Dass es beim hessischen Hochschulgesetz um Symbole und nicht um durchdachte Politik geht, zeigt sich auch darin, dass alle sich aus einem FH-Promotionsrecht ergebenden Fragen ungelöst bleiben: So bemängelt die FDP-Landtagsabgeordnete Nicola Beer in der Anhörung zurecht, dass weder klar sei, wie die Forschungsstärke nach FH-Fachbereichen gemessen werde, noch das Land über den dann nötigen Aufbau eines wissenschaftlichen Mittelbaus an FHS auch nur nachgedacht, geschweige denn diesen finanziert hätte.

Niemand bezweifelt, dass sich unser Hochschulsystem weiterentwickeln kann und soll. Dies mag in einer Aufwertung von anwendungsbezogenen Studiengängen münden. Ohne Konzept ist die Forderung nach einem Promotionsrecht für Fachhochschulen aber eine reine Symbolpolitik, die dem Zeitgeist geschuldet ist und das Risiko einer qualitativ schlechteren Einheitshochschule in sich birgt. Dem gilt es, sich zu widersetzen.

Christian Krauss

FLÜCHTLINGE IN DEUTSCHLAND: HERAUSFORDERUNG ANGENOMMEN EINE WORTMELDUNG ZUM INTEGRATIONSBEITRAG DER DEUTSCHEN HOCHSCHULEN

Während in Deutschland die Politik über Obergrenzen und Flüchtlingskontingente streitet, arbeiten Kommunen und ehrenamtliche Helfer unermüdlich daran, dass die Geflüchteten bei uns menschenwürdig leben können.

Die Flüchtlingskrise offenbart, welche gewaltigen freiwilligen Kräfte unsere Zivilgesellschaft freisetzen kann, wenn es hart auf hart kommt. Vollkommen ohne staatliche Unterstützung haben sich in den letzten Monaten tausende Freiwillige zusammengetan, um Flüchtlinge bei ihren ersten Schritten in Deutschland zu unterstützen. Im Umfeld der Universität Gießen hat sich so z.B. der Ver-

«Der Schlüssel zur Integration ist die deutsche Sprache.»

ein an.ge.kommen e.V. gegründet. Sie helfen Geflüchteten bei Behördenterminen, begleiten sie zum Arzt und veranstalten Freizeitbeschäftigungen für Kinder. Wer Zweifel daran hat, dass eine Solidarität auch ohne größere staatliche Unterstützung existieren kann, der sei eingeladen, sich

eine der zahlreichen Hilfsinitiativen anzuschauen. Unsere Zivilgesellschaft vollbringt da eine beachtliche Leistung!

Eines dürfte inzwischen feststehen: Eine bislang ungewiss hohe Anzahl an Asylbewerbern und Flüchtlingen wird hier bleiben dürfen und integriert werden müssen.

Wie gehen wir aber nun mit jungen Flüchtlingen um, welche das Potential für eine Hochschulbildung, aber schlechte bis keine Deutschkenntnisse haben? Was können wir jungen Flüchtlingen bieten, die bereits in ihrem Heimatland studierten, aber keinen Nachweis über ihr Studium besitzen? Wie bündeln und koordinieren wir die ehrenamtliche Hilfe, welche unter anderem aus der Hochschule selbst kommt? Wie schulen wir angehende Lehrkräfte im Umgang mit traumatisierten Flüchtlingskindern und unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen, welche beschult werden müssen? Mit diesen und anderen Fragen beschäftigen sich derzeit die Liberalen Hochschulgruppen und die hochschulpolitisch Verantwortlichen

in Deutschland.

Überall im Land starten jetzt die parlamentarischen Initiativen, welche zur besseren Integration der Flüchtlinge und der Anerkennung der Abschlüsse führen sollen. Der grundsätzliche Vorstoß der Politik in dieser Hinsicht ist begrüßenswert. Dies darf jedoch nicht dazu führen, dass bei Geflüchteten niedrigere Hürden zur Anerkennung der Abschlüsse angesetzt werden, als bei internationalen Studierenden. Dies lässt der in Deutschland geltende Gleichbehandlungsgrundsatz nicht zu und würde zu nicht zu rechtfertigenden Ungerechtigkeiten führen. Die Integration der Geflüchteten in unsere Gesellschaft wird eine Jahrhundertaufgabe sein. An den Hochschulen sind wir in der Lage unseren kleinen aber wichtigen Beitrag dafür zu leisten.

Für die Liberalen Hochschulgruppen ist klar: Der Schlüssel zur Integration ist die deutsche Sprache. Daher setzt sich der LHG für die Öffnung universitärer Sprachkurse für Flüchtlinge ein, sofern die Kapazitäten noch nicht erschöpft sind.

Der LHG schlägt außerdem vor, Lehramtsstudierende freiwillig Deutschkurse durchführen zu lassen, und dieses Engagement mit ECTS-Punkten zu vergüten.

Es ist außerdem klar, dass der Staat Integration nicht erzwingen kann. Er kann jedoch den besten Nährboden dafür gewährleisten, dass Integration gelingen kann. Die besten Integrationshelfer für ausländische Studierende sind doch nicht der Staat, sondern

z.B. die eigenen Kommilitonen, mit denen man sich gemeinsam durch den ‚Dschungel Hochschule‘ kämpft. Es zeigt sich jedoch auch, dass wir die Thematik ‚studentische Flüchtlinge‘ nicht überbewerten dürfen, da wohl weniger Flüchtlinge als bislang angenommen direkt fähig sind ein Hochschulstudium aufzunehmen. Es zeigte sich z.B. dass die hohe Studierendenquote in Syrien daher rührt, dass dort auch Berufsausbildungen (z.B. Tischler) an Hochschulen durchgeführt werden. So führte die Uni Hamburg mit #UHHhilft ein Programm zur Integration von Flüchtlingen durch. Ernüchternd sei dieses im Oktober 2015 gestartete Programm der Universität Hamburg verlaufen: Von den 2.900 teilnehmenden Flüchtlingen „sind 60 unmittelbar immatrikulierbar gewesen“, lässt sich der Uni-Präsident Dieter Lenzen in der Wochenzeitung DIE ZEIT zitieren.

Derweilen geht der BDA-Chef Ingo Kramer davon aus, dass es momentan 50.000 studierfähige Flüchtlinge gibt. Das sind gerade einmal zwei Prozent der aktuellen Studierendenzahl.

Während Politiker darüber streiten, ob wir das schaffen oder nicht, haben die Hochschulen und die Studierenden die Herausforderung längst angenommen. Jeder Einzelne ist nun gefragt, aufeinander zuzugehen. So kann Integration gelingen. Lasst es uns anpacken!

Peter Juling

ZU PFINGSTEN IMMER MAL WOANDERS (M)EINE BETRACHTUNG ÜBER 60 JAHRE VLA



Am Anfang war der LSD, der Liberale Studentenbund Deutschlands; nicht die Droge, deren Abkürzung es damals noch nicht gab. Damals, das war um 1955, und die Erfahrungen, die ich im LSD gemacht habe, und die Erinnerungen, die ich an diese Zeit habe, werden auch viele andere meiner Generation gemacht haben und erinnern. Als junger Student, welches Fach es auch sei, fühlte man sich unter Gleichgesinnten wohl, teilte ihre Ansichten oder stritt da-

rüber, auf jeden Fall fand man sich gut aufgehoben: Es war eine studentische und politische Gemeinschaft, die unter dem Begriff „liberal“ alle sammelte, denen enge Parteigrenzen, wie es damals die SPD und die CDU/CSU boten, zuwider waren. Der LSD war für uns das Bekenntnis zum demokratischen, liberalen und sozialen Rechtsstaat. Was lag also näher, als nach Beendigung des Studiums diese lieb gewordene Gemeinschaft nicht wieder zu verlieren.

Jede Gründung hat ihre Vorgeschichte: West-Berliner LSD-Mitglieder bildeten schon im November 1953 nach dem Ende ihres Studiums einen „Seniorenverband“ und trafen sich regelmäßig, denn sie wollten, erst recht in der damaligen politischen Situation auf der freiheitlich-demokratischen „Insel“ Berlin-West inmitten der sowjetischen und SED-beherrschten „Ostzone“, weiterhin ihre liberale Gemeinschaft pflegen. Der LSD war ihre politische Heimat geworden, hatten doch die meisten von Ihnen ihre eigentliche Heimat verlassen müssen oder sogar verloren.

Der „Rundbrief“ ist älter als der Seniorenverband

Im Februar 1954 trafen sich erstmals in Bonn die Ehemaligen aus dem LSD, im Mai folgten die Hamburger. Die Sammlung der einst aktiven LSD-Mitglieder hatte begonnen. Der ehemalige Berliner Organisator und Noch-Bundesgeschäftsführer des LSD, der seinen Sitz in Bonn hatte, unser Freund Wolfgang Möhring, dessen politischem und organisatorischem Geschick wir viel zu verdanken haben, nahm die Sache in die Hand und brachte am 15. Februar 1954 den ersten „Rundbrief des Seniorenverbandes des LSD“ heraus. Unter der Überschrift „Warum...?“ schrieb er zur Begründung des nötigen Zusammenschlusses aller ehemaligen LSD-Mitglieder: Zwei Aufgaben seien „uns ehemaligen LSD-Mitgliedern und jetzigen Senioren gestellt: die gegenseitige Unterstützung der Se-

nioren untereinander und die ideale und materielle Unterstützung der LSD-Gruppen und des Gesamtverbandes. Unser LSD kann nur dann mehr als eine zeitbedingte vorübergehende Erscheinung an den Universitäten und Hochschulen Deutschlands und somit zu einem ständigen positiven Faktor bei der Gestaltung des akademischen Lebens und des deutschen politischen Liberalismus werden, wenn er in der älteren Generation einen Rückhalt findet. Dieser Rückhalt fehlte bisher weitgehend während unserer Tätigkeit. Nur durch den Zusammenschluss derjenigen, die selbst aus dem LSD hervorgegangen sind, wird dieser Rückhalt geschaffen werden können.“

Im Januar 1955 warb Karl-Hermann Flach, spiritus rector und Mentor des Berliner LSD, in der Liberalen Studentenzeitung unter dem Titel „Pro domo“ für einen liberalen „Lebensbund“, damit seine Mitglieder „einmal als aktives Element im liberalen Lager politisch und gesellschaftlich ihre Rolle spielen“ können.

Am 5. und 6. Februar 1955 war es dann soweit: In Bonn, im Hotel Zaeske am Roonplatz, heute eine Pizzeria am umbenannten Wilhelm-Levinson-Platz, wurde der Seniorenverband des LSD gegründet. Es waren 15 Gründungsväter und drei Gründungsmütter, zusammen 18, die mit Stimmübertragungen 49 der ersten Mitglieder repräsentierten. Interessant aus heutiger Sicht ist, dass schon damals unser jetziger Name „Verband Liberaler Akademiker – Senioren-

verband des LSD" zur Abstimmung stand, aber zugunsten des „Seniorenverbands des LSD" keine Mehrheit erhielt. Erster Präses wurde der Hamburger Alf-Ingmar Foerster, der ein Jahr die Geschicke des Verbandes leitete und ihn darüber hinaus nachhaltig prägte. Als vierter nach Möhring, Flach und Foerster ist unser Freund Barthold C. Witte zu nennen, der bei der Gründung die programmatische Rede hielt. Im Rundbrief vom 1. November 1954 hatte er als „Grundlagen unserer Arbeit" schon die Ziele genannt, die er bei der Gründungsversammlung wiederholte: „Der Zusammenhalt soll erhalten bleiben; 1. nach außen, als liberaler

«Improvisiert werden mußte von Anfang an und dann lange Jahre.»

Sauerteig nicht nur der Akademikerschaft, sondern auch in der weiteren Öffentlichkeit. 2. nach innen: als belebendes Element in der und für die liberale Partei, soweit diese liberal ist und wir in ihr mitarbeiten." Gemeint war die damalige FDP.

Nach der Gründung bekräftigte Witte im Rundbrief, „zum gemeinsamen Fernziel zu gelangen: einem Zusammenschluss aller liberalen Akademiker." Dem hehren Ziel fügte er aber auch nüchtern hinzu: „Noch muss vieles improvisiert werden. Das wird in den nächsten Jahren kaum anders werden. Noch hängt das Geschick des

kaum zum Leben erwachten Verbandes allzu sehr an der persönlichen Aktivität einzelner Mitglieder. Aufbau und Festigung des Kreises der Senioren brauchen eben ihre Zeit. Gegenüber dem LSD haben wir aber den großen Vorteil, nicht mit dem dauernden Wechsel der Mitglieder kämpfen zu müssen. Das allein wiegt die Nachteile des bescheidenen Beginns bei weitem auf." Anspruch und Einsicht lagen also dicht beieinander. „Improvisiert" werden mußte von Anfang an und dann lange Jahre; eigentlich ist der SV, wie der Seniorenverband jetzt weiterhin kurz genannt werden soll, über das Improvisieren trotz aller Bemühungen nicht hinausgekommen.

Festzuhalten bleibt nach dieser Gründungsgeschichte des SV: Der Rundbrief ist ein Jahr älter als der Bundesverband und stellt seitdem das eigentliche und wichtigste Bindeglied zu und zwischen den Mitgliedern dar.

Sieben Monate nach der SV-Gründung, im September 1955, bin ich beigetreten. Auch ich wollte die Gesinnungsgemeinschaft, die sich überzeugende „Liberale Grundsätze" (1952) gegeben hatte, nicht mehr missen, nachdem ich in Berlin, in Bonn und bei der LSD-Delegiertenversammlung in Mainz 1954 viele Freunde auch von anderen Hochschulen kennen und schätzen gelernt hatte. Schließlich konnte ich auch selbstverständliche Hilfsbereitschaft erfahren. Nachdem ich in Frankfurt am Main berufstätig geworden war, trat ich in den SV ein. Nach dem Bei-

spiel anderer Stadtgruppen habe ich auch einen Frankfurter SV-Kreis gegründet.

Das Erste, was nach der Gründung auf der Strecke blieb, war das persönliche Zusammengehörigkeitsgefühl. Das war kein böser Wille, sondern verständlich und manchmal auch notwendig. Die meisten Studierenden waren Junggesellen, die dann zeitgleich mit dem Studiumende und der SV-Gründung heirateten und eine Familie gründeten. Hinzu kam die Notwendigkeit, berufstätig zu werden und Geld zu verdienen. Der SV hatte dabei verständlicherweise das Nachsehen. Die örtlichen Kreise, die von engagierten Consenioren gegründet worden waren, wurden zunächst gut besucht, aber dann auch wieder schnell vergessen. Nur wenige konnten Jahrzehnte lang durchhalten, so in Bonn bis in die 90er Jahre, und in Berlin, wo es heute noch den „Stammtisch“ gibt.

Vom LSD zum LHG

Das Zweite, was zu Bruch ging, war das Verhältnis zum LSD. Nachdem die Generation, die 1950 den LSD geschaffen und geprägt hatte, abgetreten war und der SV von vielen in der nachfolgenden LSD-Generation als „Alte Herren“ argwöhnisch beobachtet wurde, kam es immer mehr zur ideellen und politischen Entfremdung, bis sich der SV gezwungen sah, den LSD nicht mehr zu unterstützen. Knackpunkt dabei war auch der

LSD-Beschluss, mit der FDP zu brechen. Die liberalen Studenten hatten von Anfang an ein unterschiedlich starkes oder auch nur ein loses Verhältnis zu dieser Partei, waren stets unabhängig von ihr und hatten immer auch darauf Wert gelegt, nicht automatisch auch Parteimitglieder zu sein. Doch es waren viele LSD-Mitglieder und dann auch SV-Mitglieder in der Partei und die Partei unterstützte den Studentenbund auch in bescheidenem Rahmen.

In dem Moment, wo es allmählich auch mit Hilfe vieler SV-Mitglieder gelang, die FDP zur wirklichen liberalen Partei zu entwickeln, driftete der LSD völlig ins linksextreme Lager ab. „Der Spiegel“ vom 25. August 1969 – kurz vor der Bildung der SPD-FDP-Koalition in Bonn – berichtete: „Der Bund mit den Rauschgift-Initialen, dessen Mitgliederzahl mal mit 800, mal mit 2500 angegeben wird, ernannte sich 1968 zu einem „Teil der internationalen Befreiungsbewegung“, lehnte einen Parlamentarismus „wie den hier in der Bundesrepublik“ (LSD-Sprecher und Jungsozialist Frank von Auer) ab und wunderte sich, daß die FDP ihm fortan den monatlichen 2000-Mark-Scheck verweigerte.“

Anderthalb Jahre später, nach langen Diskussionen, tilgte schließlich der SV die Buchstaben LSD aus seinem Namen und beschloss am 25. Januar 1971 auf einem außerordentlichen Convent in Bonn, den jetzigen Namen „Verband Liberaler Akademiker – Se-

nierenverband liberaler Studenten” anzunehmen.

Noch während des LSD-Niedergangs bildeten sich neue liberale Studentengruppen unter verschiedenen Namen und unterschiedlichen Zielen, die sich bald zu größeren Bündnissen zusammenschlossen. So entstanden der Freidemokratische Hochschulverband (FHV), die Arbeitsgemeinschaft liberaler Studenten und Hochschulgruppen (ALS), der Liberale Hochschulbund (LHB), der Liberale Hochschulverband (LHV) und der Sozialliberale Hochschulverband (SLH). Am Ende der Entwicklung gibt es seit 1987 den Bundesverband Liberaler Hochschulgruppen (LHG), mit dem der SV zusammenarbeitet und den er seit 1988 fördert und unterstützt. 2007 stiftete unser Verband auch die jährliche Auszeichnung „Liberale Hochschulgruppe des Jahres“, um diejenige Studentengruppe zu fördern, „die am eindrucksvollsten“ Studierendeninteressen an ihrer Hochschule formuliert und vertritt. Bisher sind Preise an acht Gruppen vergeben worden.

Convent und Präsidium als Eckpfeiler

Meinen ersten Convent erlebte ich Pfingsten 1956 in Baiersbrunn. Es war der zweite Convent, nachdem der erste schon an den Pfingsttagen des Gründungsjahres in Bensheim stattfand. Der Convent stellt die jährliche Mitgliederversammlung dar und ist das höchste Organ des SV. In der Regel findet er immer zu Pfingsten statt, verbunden mit einem Bil-

dungsseminar. Das war am Anfang allerdings nicht möglich, man begnügte sich mit einem „Festvortrag“. Der Versuch, die Pfingstfeiertage – von vielen Mitgliedern als unumgängliche Familienfeiertage angesehen – zu vermeiden und auf den 1. Mai oder den damaligen Feiertag 17. Juni – auszuweichen, wurde zwar praktiziert, aber schnell wieder aufgegeben. Auch einen ständigen Tagungsort zu etablieren – das Haus am Kirschberg im hessischen Lauterbach oder die Theodor-Heuss-Akademie Gummersbach – konnte nicht verwirklicht werden.

Es ist also üblich geworden, sich zu Pfingsten an wechselnden Orten zu treffen. Jahrelang war es eine spannende Frage, wohin es wohl diesmal gehen werde; denn nicht immer waren die Mitglieder vom Präsidium rechtzeitig informiert worden. Ganz abgesehen davon, daß auch die Einladung manchmal erst im letzten Moment eintraf oder gar zu spät wie im vorigen Jahr. Ärgerlich ist auch, daß oft das Protokoll über den Convent viel zu spät die Mitglieder erreicht, deren weitaus größte Zahl erst Monate danach erfahren, was beschlossen worden ist. 1976 fiel der Convent sogar ganz aus – ein bisher einmaliger Vorgang: Weil im Herbst 1976 Bundestagswahl war, ließ der damalige Präses wegen des Wahlkampfes schon Pfingsten den Convent ganz einfach ausfallen!

Zwischen 1955 und 2015 trafen sich die Conventsteilnehmer an insgesamt 48 verschiedenen Orten von

Aachen im Westen bis Görlitz im Osten, von Rostock im Norden bis Langenargem am Bodensee im Süden. Nur in Brandenburg, im Saarland und in Sachsen-Anhalt tagten wir noch nie. So bleibt zu wünschen, auch diese „weissen Flecken“ zu beseitigen, zumal Frankfurt/Oder, Potsdam, Saarbrücken, Halle oder Wittenberg sehenswerte und reizvolle Universitätsstädte sind.

Die Teilnehmerzahl bei unseren Treffen schwankt sehr. Sieht man von den Anfängen ab, wo sie noch unter 20 lag, stiegen die Teilnehmerzahlen schnell auf 30 bis 50, ab 1989 sogar bis 60, um sich dann ab 2009 unterhalb der 40er Marke einzupendeln. Bei alternder und schrumpfender Mitgliederzahl, die durch viele Todesfälle in den letzten Jahren hervorgerufen wurde, ist die Bereitschaft, zum Convent zu fahren, natürlich gesunken. Doch es gab und gibt einen harten Kern der getreuen Conventsteilnehmer: rund 25 Conseniorinnen und Consenioren kann man jedes Jahr fast „sicher“ erwarten und wieder sehen, was von unschätzbarem Wert für den Zusammenhalt und die Zukunft des SV ist. Doch sehr viele Mitglieder sind höchstens ein- oder zweimal auf einem Convent gewesen, die meisten nie.

Das Präsidium des SV ist das wichtigste Organ nach dem Convent, denn es führt die laufenden Geschäfte. Man kann auch sagen, es ist das entscheidende Organ. Versagt es, leidet der ganze Verband. Deshalb gilt auch der Spruch: „Es kommt auf den Präses

oder die Präses an!“ In seiner 60jährigen Geschichte hat der SV 20 Persönlichkeiten an seiner Spitze gehabt, 19 Männer und eine Frau. Dass wir seit zwei Jahren erstmals eine Frau – Brigitte Bremer – als Präses haben, liegt nicht daran, dass vorher keine Frau gewählt wurde, sondern daran, daß keine kandidiert hatte. Die Amtszeit des Präses dauerte anfangs nur ein Jahr, danach schwankte sie zwischen zwei Jahre – der Regelfall – und 14 Jahre, der Rekord.

Von den 20 Präsidien spielten die folgenden eine ganz besondere Rolle: Alf-Ingmar Foerster (1955/56 und 1971 – 73) sowie Karl-Hermann Flach (1956/57) waren die unbestrittenen führenden und geistigen Köpfe des SV; auf ihr Wort wurde gehört. Peter Menke-Glückert (1961 – 63 und 1983 – 97) war der am längsten amtierende Präses und prägte nachdrücklich die Arbeit des SV, nachdem die ersten beiden Präsidien früh verstorben waren. Er gab dem Verband immer wieder neue Impulse und Ideen; sein wichtigstes Verdienst ist die Schaffung des Arno-Esch-Preises. Albrecht Menke (1964/65) sowie Günter Reichardt (1981 – 83) waren die einzigen früheren LSD-Bundevorsitzenden, die ihre Erfahrungen aus der aktiven Studentenzeit in Spitzenposition in die „Seniorenarbeit“ einbringen konnten.

Wolfgang Schollwer (1967 – 69) war der „Außenseiter“, der in der Sowjetzone/DDR nicht studieren durfte und auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen um seine ost- und deutschlandpolitischen Vorschläge

demonstrativ gewählt wurde und dann auch noch das „Vergnügen“ hatte, die Studentenunruhen von 1968 und das Abschwanken des LSD ins linksextreme Fahrwasser innerhalb des SV zu moderieren.

Harald Hofmann (1973 - 75), der die einzigartige Position ausfüllte, gleichzeitig SV-Präses und FDP-Bundesgeschäftsführer zu sein.



Peter Juling

Jahrgang 1931, studierte von 1952 bis 1955 politische Wissenschaften an der Deutschen Hochschule für Politik (jetzt Otto-Suhr-Institut der Freien Universität) in Berlin (West) mit Diplomabschluß, gehörte dem Liberalen Studentenbund (LSD) an und ist seit 1955 im Seniorenverband (VLA), in dem er von 1961 bis 1963, von 1969 bis 1973 und von 1977 bis 1979 dem Präsidium angehörte, zuletzt als Präses. Berufstätig war er von 1955 bis 1991 als politischer Redakteur, danach als freiberuflicher Journalist. Seit 1972 wohnt er in Bonn.

Steffen Glöckler (2001 - 07), der als zweiter „Jung“-Präses in der Verbandsgeschichte und ohne LSD-Vergangenheit durch seine politischen und organisatorischen Talente begeisterte.

Dr.-Ing. Michael Daemgen (2009 - 13), der in schwieriger Lage, in die sein Amtsvorgänger den SV gebracht hatte, die Ver-

bandsarbeit wieder konsolidieren konnte.

Mit der Wahl Glöcklers am Beginn dieses Jahrhunderts war auch der nötige Generationswechsel im zweiten Anlauf gelungen. Der erste Versuch 1997 war schon nach drei Jahren ge-

scheitert, weil dieser Präses einfach von der Bildfläche verschwand und dann aus dem SV austrat.

Die wichtigste Funktion nach dem Präses liegt beim Schatzmeister. Er ist als Herrscher über Einnahmen und Ausgaben der eigentliche Geschäftsführer des SV. Drei von ihnen haben herausragende Dienste geleistet: Martin Worch von 1983 - 93 und erneut von 2009 bis 2015, Heike Moser von 1993 - 2003 sowie Michael Daemgen von 2003 - 09, bevor er Präses wurde.

Es gab am Anfang nur vier Präsidiumsmitglieder, ab 1961 fünf und seit 1995 sieben. Dabei herrschte große Fluktuation zwischen Vizepräsidenten, Schriftführern und Beisitzern. Aber der Generationswechsel gelang in diesen Positionen reibungsloser. Von den 78 Präsidiumsmitgliedern sind nur 9 Frauen, 16 sind inzwischen verstorben und 18 ausgetreten. Gewählt wurde man oft schnell, treu geblieben ist man dem Verband seltener.

Schrumpfende Mitgliederzahl - ungünstige Alterspyramide

Das Gemeinschaftsgefühl und die Lebensbund-Idee der Gründer wurde nicht von allen geteilt. Die Mitgliederzahlen sinken seit Jahren. Der SV ist wieder auf das Niveau von 1965 (rund 300) zurückgefallen und hatte doch 1996 mit fast 450 Mitgliedern sein Rekordhoch erzielt. Der Verband hatte in den 60er Jahren auch FDP-Bundestagsabgeordnete und Landespolitiker in seine Reihen geholt - beispielsweise die liberalen

Vorbilder Thomas Dehler, Prof. Hans Reif und Hildegard Hamm-Brücher – und dann aber auch wieder verloren; geblieben sind nur wenige wie Hans-Dietrich Genscher und Sabine Leutheusser-Schnarrenberger.

Austritte häuften sich schon während des Niedergangs des LSD, die in unserem Verband die berühmt-berüchtigten „Selbstverständnisdebatten“ der 60er Jahre auslösten. Auch die innerparteilichen Auseinandersetzungen um den Reformkurs der FDP färbten auf den SV ab. Das Rekordhoch fast 30 Jahre später erklärt sich vor allem aus der Entwicklung nach der Wiedervereinigung, die Liberale aus den neuen Bundesländern und schließlich aus den neuen Studentengruppen in den SV führten. Erleichtert wurde der Beitritt liberaler Studenten auch durch die Einführung des Status „assoziierter Mitglieder“ (geringerer Beitrag, kein Stimmrecht) in den 90er Jahren. Derzeit gibt es etwa 15 Assoziierte.

Wer nicht extra aus dem SV austreten wollte, machte es sich oft leicht: Manche zahlten einfach keine Beiträge mehr und warteten ab, ob der Schatzmeister beim Schiedsgericht ihren Ausschluss beantragte; andere wieder ergriffen die „Flucht“ mit Hilfe der Post, die auf der SV-Postsendung vermerkte: „unbekannt verzogen“. Der Schatzmeister kann ein Lied davon singen.

Im Laufe der vergangenen 60 Jahre hat der SV bereits 119 Mitglieder durch Tod verloren, das ist mehr als

ein Drittel der heutigen Mitgliederzahl. Allen Verstorbenen gebührt unser Dank und ein ehrendes Gedenken.

Ungünstig wirkt sich die Altersstruktur des Verbandes aus: der SV hat 55 Mitglieder, die 80 bis 98 Jahre alt sind, denen am unteren Sockel der Alterspyramide nur 28 gegenüberstehen, die bis zu 30 Jahre zählen. Der Nachwuchs ist eindeutig an Zahl zu gering. Besser sieht es im großen Mittelfeld aus: 86 Mitgliedern zwischen 56 und 79 Jahren stehen erheblich mehr, nämlich 124, gegenüber, die zwischen 31 und 55 Jahre alt sind.

Die einzige Verbindung zwischen den Mitgliedern und dem Präsidium stellt der regelmäßig erscheinende Rundbrief dar; doch er kommt leider zu oft unregelmäßig und verlor auch im Laufe der Zeit seine Jahrgangszählung. In den 90er Jahren wurde er in die neuen „Liberalen Perspektiven“ integriert, die dazu geschaffen waren, die Verbindung zu den liberalen Studentengruppen zu festigen. Im letzten Jahr erschienen die „Perspektiven“ in neuer Gestalt und wurden wieder vom Rundbrief gelöst. Ob sie als „Zeitschrift für Gesellschaft und Moderne“, wie ihr Untertitel lautet, dauerhaft bestehen können, hängt nicht nur von ihrem Inhalt, sondern mehr von ihrer Finanzierung ab.

Arno-Esch-Preis – eine Verpflichtung

An die Vorgeschichte des SV erinnert der Arno-Esch-Preis. Arno Esch, liberaler Student an der Universität

Rostock in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone, war 23jährig von einem sowjetischen Militärgericht aufgrund seiner liberalen Gesinnung zum Tode verurteilt und in Moskau 1951 mit fünf Weggefährten hingerichtet worden. Er war der führende Kopf der liberalen Hochschulgruppen in der Sowjetzone und der DDR. Dem Kreis um Esch gehörten auch Karl-Hermann Flach und Horst Köpke an, die sich ihrer Inhaftierung 1949 durch Flucht nach Berlin-West entziehen konnten und später Mitbegründer des SV waren. Zu den vielen verfolgten Liberalen in Ostdeutschland zählten auch die Gründungsmitglieder Jochen Bretschneider und Wolfgang Möhring sowie der jahrelang in der DDR inhaftierte Hermann Marx und Peter Menke-Glückert, der die Initiative zur Schaffung des Ar-

eintreten, „weltoffenes, fachübergreifendes studium generale oder das Einüben öffentlicher Tugenden in der Hochschule initiieren und praktizieren.“ Bisher sind in den vergangenen 25 Jahren 13 Preise an Liberale, Studenteninitiativen und Projektgruppen aus zehn verschiedenen Hochschulen verliehen worden.

Nüchterne Bilanz

Ziehen wir Bilanz: Viele Träume gab es – darunter den, die Anzahl von 1000 Mitgliedern zu erreichen – die nicht Wirklichkeit werden konnten. Chancen wurden nicht genutzt, auch wenn sie möglich waren. Der liberale „Sauerteig“, von dem bei der SV-Gründung die Rede war, ist nicht aufgegangen. Die Negativliste zeigt es:

« VLA und LHG sind aufeinander angewiesen. Je mehr Mitglieder vom LHG kommen, desto mehr Förderer hat der VLA. »

no-Esch-Preises 1989 ergriff, noch bevor die Mauer fiel und die deutsche Einheit möglich wurde. Der SV spürte die Verpflichtung, seiner Freunde zu gedenken, die ihren Einsatz für Freiheit, Recht und Demokratie mit ihrem Leben bezahlen mussten.

Ausgezeichnet werden „Studenten, Studenteninitiativen und -verbände, die Staatsbürgerrechte im Raum der Hochschulen wahrnehmen“, Zivilcourage zeigen, für Bürgerrechte

Der LSD ist von der Bildfläche verschwunden, nur 15 Jahre, nachdem der SV des LSD begonnen hatte, ihn finanziell und verständnisvoll zu unterstützen.

Der angedachte liberale Hochschulverband, der Studenten, wissenschaftliche Mitarbeiter und Professoren vereint, blieb ebenso Utopie wie die liberalen Clubs in den Universitäts- und Hochschulstädten.

Eine professionell betriebene Mit-

gliederwerbung durch eine eigene und mit den nötigen Mitteln ausgestattete Bundesgeschäftsstelle des SV war mangels der dafür erforderlichen Gelder nicht möglich.

Eine „Sternstunde“ in der Verbandsgeschichte verging ergebnislos, als drei liberale Kleinorganisationen zufällig gleichzeitig von drei SV-Mitgliedern geführt wurden; neben dem SV die Deutsche Gruppe der Liberalen Internationale und die Gesellschaft der Freunde und Förderer der Friedrich-Naumann-Stiftung. Lag es da nicht auf der Hand zu versuchen, aus drei Vereinigungen eine größere zu machen oder wenigstens eine gemeinsame Geschäftsführung zu installieren, zumal es auch viele Doppelmitgliedschaften gab? Doch das Beharrungsvermögen von Organisationen und ihrer führenden Vertreter stand in krassem Gegensatz zu liberalen Tugenden wie Offenheit und Beweglichkeit. Ähnlich scheiterten auch spätere Bemühungen zum Zusammengehen von SV und dem Verband der Stipendiaten und Altstipendiaten der Friedrich-Naumann-Stiftung (VSA).

Dieser langen Negativliste stehen nur zwei Ergebnisse auf der Positivliste gegenüber:

Der liberale Freundeskreis ist nicht nur erhalten geblieben, sondern auch erstarkt.

Der Bundesverband der LHG hat die Rolle des LSD eingenommen und erfüllt sie weit besser und nachhaltiger; ihm gebührt deshalb

unsere volle Unterstützung.

Die Zukunft liegt beim LHG

Die Zukunft des SV, also unseres VLA, liegt in den Händen der Liberalen Hochschulgruppen und ihres Bundesverbandes. Gemeinsam mit unserem und meinem Freund Wolfgang Schollwer schrieb ich schon 2009 in unserem Rundbrief:

„Je mehr Mitglieder der LHG für den VLA wirbt, desto mehr steigt seine Förderung durch uns! VLA und LHG sind aufeinander angewiesen. Je mehr Mitglieder vom LHG kommen, desto mehr Förderer hat der VLA. Und je stärker – auch durch unsere höhere Förderung – der LHG an den Hochschulen wird, desto attraktiver wird der LHG für den VLA. Und auch das ist richtig: je mehr jüngere Mitglieder der VLA bekommt, die bereits im Beruf stehen, desto besser können auch Absolventen aus dem LHG den Start ins Berufsleben vermittelt bekommen, eine Leistung, die wir Senioren im doppelten Sinne des Wortes kaum noch bieten können. Fazit: Beide, VLA und LHG, müssen stärker werden, wenn sie besser werden und eine Zukunft haben wollen, denn nur eine gemeinsame Zukunft hilft beiden Teilen.“

**ZWEI NEUE BEIRATSMITGLIEDER
DER LIBERALEN PERSPEKTIVEN
STELLEN SICH VOR:**

DR. SIMONE WÜNSCHMANN

Biologie, Chemie,
Energie & Umwelt

Kontakt:

*Fliederweg 17, 49733 Haren
www.eisn-institute.de
wuenschmann@eisn-institute.de*



UNIV.-PROF. DR. HABIL.

BERND MARKERT

Biologie, Chemie, Analytik,
Umwelt, Gesellschaft
und Soziales

Kontakt:

*Fliederweg 17, 49733 Haren
www.eisn-institute.de
markert@eisn-institute.de*



wurde 1967 in Heidelberg geboren und ist Naturwissenschaftlerin. Ihre Promotion erfolgte an der Universität Vechta im Bereich der Umweltwissenschaften. Neben internationaler Lehrtätigkeit an verschiedenen Hochschulen auf den Gebieten der Ökotoxikologie und Erneuerbare Energien erhielt sie eine Gastprofessur an der Technischen Universität Vilnius, Litauen. Sie ist Mitarbeiterin des EISN-Institutes (Environmental Institute of Scientific Networks) sowie u.a. Secretary General von BioMAP (Biomonitoring of Atmospheric Pollution), einer international tätigen Organisation. Neben zahlreichen wissenschaftlichen Publikationen in Zeitschriften und Büchern hat Frau Dr. Wünschmann bereits 5 wissenschaftliche Bücher, darunter 4 Lehrbücher für Studenten, publiziert.

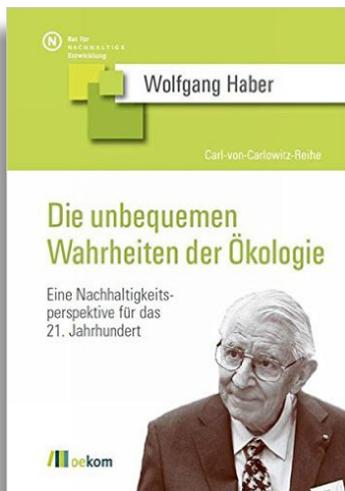
wurde 1958 in Meppen geboren und studierte Biologie/Chemie an der Ludwig-Maximilians-Universität in München. Seine Promotion und Habilitation verteidigte er an der Universität Osnabrück. Es folgten Forschungsaufenthalte am Imperial College in London sowie am Kernforschungszentrum in Jülich. Bereits 1993 erhielt er den Ruf auf die C4-Professur und das Ordinariat für Umweltverfahrenstechnik an das Internationale Hochschulinstitut in Zittau, für das er bis 2003 gleichzeitig das Amt des geschäftsführenden Direktors inne hielt. Zudem ist Bernd Markert Gründer des EISN-Institutes. Neben etlichen Verpflichtungen in wissenschaftlichen Organisationen und als Editorial Board Member verschiedenster nationaler und internationaler Zeitschriften kann er bis heute als (Ko-) Autor und (Mit-) Herausgeber auf 25 Lehr- und Textbücher auf den Gebieten der Chemischen Umweltanalyse, der Human- und Ökotoxikologie, der (chemischen) Umweltverfahrenstechnik, sowie auf dem Gebiet verschiedenster gesellschaftsrelevanter Themenfelder vorweisen. Neben den 25 publizierten Büchern können zusätzlich über 300 Publikationen gelistet werden. Als Lebenselixier bezeichnet er für sich das zufriedene und gemütliche Beisammensein mit Freunden, Studenten und allmöglich anderen Menschen, um gemeinsam das „Aushecken“ neuer Unternehmungen zu diskutieren und umzusetzen.

Wolfgang Haber

Die unbequemen Wahrheiten der Ökologie – Eine Nachhaltigkeitsperspektive für das 21. Jahrhundert

Prof. Dr. Wolfgang Habers Buch bildet den schriftlichen Auftakt einer Vorlesungsreihe des Rates für Nachhaltige Entwicklung, in der herausragende Wissenschaftler verschiedenster Fachrichtungen ihre Gedanken zur nachhaltigen Entwicklung vortragen. Pate der Reihe ist Carl von Carlowitz; er lebte von 1645 bis 1714 in Sachsen – einem Gebiet, in dem seiner Zeit drastischer Raubbau an Wäldern betrieben wurde. Carlowitz empfiehlt eine „nachhaltige Nutzung“ des Holzes mit dem Ziel, die Ressourcenzerstörung zu beenden – und gilt seither

als Vater des Nachhaltigkeitsbegriffes (Oekom, 2010).



Wolfgang Haber macht auf 72 Seiten deutlich, wie, wo und wohin es mit jedem einzelnen von uns in einer lebenswürdigen Zukunft und innerhalb unserer vielzähligen, besonders kulturell teilweise vollkommen unterschiedlichen Gesellschaftssysteme, nachhaltig

weitergehen möchte. Ähnlich unserem VLA Gründungsmitglied Peter Menke-Glückert und etlichen weiteren Top Denkern und Praktikern

aus Umwelt-, Wirtschafts-, Kultur-, Wissenschafts- und formal rechtlichen Lebensbereichen, konstatiert er, dass „Nachhaltigkeit nur gelingen kann, wenn wir die Ökologie nicht verklären“.

Als einer der „Päpste“ deutscher, europäischer und weltweit agierender Umweltwissenschaftler erteilt Prof. Haber mystifizierenden Bildern vom „Wesen des Menschen“ und „...der Natur“ eine klare Absage: Der Weg in eine nachhaltige Zukunft könne nur gelingen, wenn wir uns auf die Wirklichkeit besinnen und unseren Blick auf die Schlüsselprobleme des 21. Jahrhunderts richten – sprich auf die Endlichkeit der Ressourcen und das immense Bevölkerungswachstum. Dies als äußere Bedingung menschlichen Handelns zu begreifen und zu akzeptieren, ist Teil der human-ökologischen Perspektive, mit der Wolfgang Haber an die Einsichten von Carl von Carlowitz anknüpft (Oekom).

Ohne en detail in die inhaltliche Tiefe des Buches zu gehen – vor allen bedingt durch die knappe Ressource „Raum zum Schreiben“ in unseren „Liberalen Perspektiven“ – möchte ich gleich zu einem Fazit der von mir bereits mehrfach gelesenen und weitergetragenen Schrift kommen.

Habers „Lehr-Lern-Büchlein“ einer zukünftigen Nachhaltigkeitsperspektive ist gleichermaßen verständlich und sachlich wie auch auf rationaler Intelligenz und gleichzeitig sozialer Kompetenz aufbauend, verfasst. Für alle Leser, vom Schüler und seinen

Eltern, Studenten, Wissenschaftlern, Unternehmern, Arbeitern, letztendlich allen Menschen, die sich ernsthaft mit Begrifflichkeit, Sinn und zukünftigen Zweck von Nachhaltigkeit auseinandersetzen haben, ist diese Schrift für alle inhaltlich vollkommen nachvollziehbar geschrieben und somit schon aus diesem Grunde allerwärmstens zu empfehlen.

Das Buch beschreibt in gebotener Kürze und ohne dabei zu vereinfachen zu wirken, für jeden einzelnen verständlich - und daher pädagogisch besonders wertvoll - höchst komplexe Umwelt- und unsere Gesellschaft betreffende Denk- und Handlungsmechanismen. Die sich hieraus für uns Menschen psychologisch abzuleitenden theoretischen und praktischen Denk- und Verhaltensmuster, mit denen wir gesellschaftlich, wirtschaftlich, soziologisch, somit allumfassend, tagtäglich „Freiheit in Verantwortung“ tragend, zu tun haben, werden benannt und diskutiert.

Die in diesem Buch beschriebene ehrliche und ethisch/moralisch verantwortbare und zu fordernde individuelle und gesellschaftliche Konsenserwartung, stellt sogenannten PSEUDOWAHRHEITEN, oft medial, lobbygetrieben, bis hin zu korruptiv, dummlich und anmaßend daherkommend, schlichtweg einen Fuß.

Diese Darstellung einer hier glaubhaften perspektivischen Nachhaltigkeitsphilosophie aus einer Vielzahl alternativ angebotener möglicher Wirklichkeiten und Lebensalternativen war nur möglich, da sich der Autor, Prof. Dr. W. Haber, diese hier

dargestellten Einsichten für seinen eigenen Lebensweg als notwendige Bedingung zeichnete. Haber ist auch heute bis ins höchste Alter von jetzt bereits 90 Jahren durch wissenschaftliche und menschliche Erfahrung geprägt, entschlossen und argumentativ, gestaltet sein Leben mit Respekt vor dem Gegenüber, sein Leben gemeinsam mit seiner Frau und seiner Familie dem gemäß, was er hier in seiner Nachhaltigkeitsperspektiven-Schrift aus schlichter persönlicher Überzeugung und nicht aus purer pragmatischer, ideologischer oder politischer Lust, verfasste. Respekt, Herr Kollege! Von Ihnen konnte ich und viele meiner wissenschaftlichen Mitstreiter und unsere Studenten persönlich seit vielen Jahren lernen; und zwar einerseits wissenschaftlich zu arbeiten, zu handeln und gleichzeitig zufrieden zu leben.

Die eigene Nachhaltigkeit des Gelernten, das sich zwangsläufig aus der Lektüre von Habers Buch ergibt, wird mit großer Wahrscheinlichkeit als höchst langfristig und (ge) wissensbezogen einzuschätzen sein.

Daher kann nur empfohlen werden, Habers Büchlein zu erwerben, es zu lesen, Inhalte weiter zu tragen, zu diskutieren und so aktiv an einer weiteren Verbreitung (auch im englischsprachigen Raum) mitzuwirken.

verfasst von
Univ.-Prof.
Dr. Bernd Markert,
Environmental Institute
of Scientific Networks,
www.EISN-Institute.de
Markert@EISN-institute.de

Josef Tutsch

LIBERALISMUS IM 20. JAHRHUNDERT

Als der französische Jurist und Politiker Alexis de Tocqueville in den 1820er Jahren durch die USA reiste, war er von nichts so sehr verwundert wie von den Auffassungen zur politischen und ökonomischen Moral, die ihm dort vorgetragen und vorgelebt wurden. „Die Amerikaner lieben es, fast sämtliche Handlungen ihres Lebens aus dem wohlverstandenen Eigennutz abzuleiten; sie zeigen selbstzufrieden, wie ihre aufgeklärte Selbstliebe sie ständig dazu drängt, sich gegenseitig zu helfen und für das Wohl des Staates bereitwillig einen Teil ihrer Zeit und ihres Reichtums zu opfern.“



Dieser Glaube an die selbstverständliche Vereinbarkeit von individuellem Egoismus und sozialer Verantwortung, von ökonomischem Kalkül und moralischer Norm war dem Besucher fremd. In Tocquevilles Amerika-reise, stellt der Münchner Historiker Andreas Wirsching fest, trafen zwei sehr

unterschiedliche Varianten liberaler Wirtschaftstheorie aufeinander: eine optimistische, wenn man so will, und eine eher skeptische, die im Verhältnis von Markt und Moral zunächst einmal den Gegensatz sehen wollte. Und daraus die politische Aufgabe ableitete, die Freiheit, auch die wirtschaftliche Freiheit, zu verteidigen und doch zugleich die Gefahren der Zügellosigkeit abzuwehren.

In den letzten zwei Jahren hat Papst Franziskus dieses Thema wieder aufgegriffen, mit der Anklage „Diese Wirtschaft tötet!“ Im April 2013, wenige Wochen zuvor war Franziskus gewählt worden, veranstaltete die Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus in Esslingen ein wissenschaftliches Kolloquium zum Thema „Liberalismus im 20. Jahrhundert“. Die Beiträge sind jetzt als Sammelband erschienen. In der Einleitung erinnern der Tübinger Historiker Anselm Doering-Manteuffel und sein Freiburger Kollege Jörn Leonhard daran, dass Theodor Heuss 1948 die skeptische Frage gestellt hat, ob sich das Etikett „liberal“ heute noch zur Identifikation eignen würde. Heuss' Argument: „Liberal“ erinnere vielleicht allzusehr an die Epoche, „da vom Manchestertum kein Weg zu einer eigenmächtigen Sozialpolitik führte“.

Wie Heuss sich wohl zu Diskussionen von heute gestellt hätte, ob so etwas wie „Sozialpolitik“ überhaupt sinnvoll ist? Der Bonner Historiker Dominik Geppert behandelt die politischen Anfänge des sogenannten „Neo-Li-

beralismus“ bei Margaret Thatcher und Ronald Reagan um 1980. Dass Thatcher und Reagan in die Geschichte des Liberalismus gehören, ist an sich keineswegs selbstverständlich; die britischen Tories wie die Republikanische Partei der USA sehen sich eher in der konservativen Tradition. Geppert: „Zugleich steht jedoch außer Frage, dass Thatcher wie Reagan wirtschafts- und sozialpolitische Ideen verfochten, die zum Inventar des klassischen Liberalismus gehört hatten“ – vor allem das Zurückdrängen des Staates aus der Wirtschaft. „Aus dieser Perspektive erschienen Thatcher und ihre Anhänger innerparteilichen Kritikern gerade nicht als echte Konservative, sondern als Vulgär-Liberale, die ein seltsamer Zeitsprung aus dem 19. ins späte 20. Jahrhundert versetzt hatte.“

Der „seltsame Zeitsprung“ bestand im Niedergang dessen, was Geppert den „Konsensliberalismus“ der Nachkriegszeit nennt. Ihre theoretische Begründung hatte diese konsensliberale Wirtschaftspolitik durch John Maynard Keynes‘ Konzept der „Globalsteuerung“ erhalten: in Krisenzeiten eine kräftige Erhöhung der Staatsausgaben, um die Wirtschaft anzukurbeln, in besseren Jahren ein ebenso drastisches Zurückfahren, damit sich für die nächste Krise wieder Rücklagen bilden. Liberalismus, Demokratie und Sozialstaat schienen harmonisch zusammenzuwachsen; das Motto hatte Thomas Mann bereits 1950 vorgegeben: „Wenn Goethe gegen Ende seines Lebens erklärte, jeder vernünftige Mensch sei doch ein ge-

mäßigter Liberaler, so heißt das Wort heute: Jeder vernünftige Mensch ist ein gemäßigter Sozialist.“

In der Praxis allerdings wurde die zweite Hälfte von Keynes‘ Rezept, nämlich das Sparen, in aller Regel „vergessen“; das trug dazu bei, dass die Industriegesellschaften um 1980 sowohl mit Inflation als auch mit Massenarbeitslosigkeit zu kämpfen hatten. Nach dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus waren auch Parteien der linken Mitte bereit, auf den, wenn man so will, „konservativen Liberalismus“ à la Thatcher und Reagan einzuschwenken. Doering-Manteuffel und Leonhard: „Staatliche Regulierungen des Wirtschaftslebens galten vielen liberalen und konservativen Kritikern als ‚sozialistisch‘.“

Die theoretischen Grundlagen des „Neo-Liberalismus“, der sich im Kreis um den österreichischen Wirtschaftswissenschaftler Friedrich August von Hayek entwickelt hatte, sind in Kolloquium und Sammelband weitgehend ausgeklammert. Im Vordergrund steht eher jene Variante des Liberalismus, die Wirsching als die „skeptische“ bezeichnet: als Aufgabe, „im Namen der Freiheit selbst der Freiheit zu misstrauen“, eben wenn sie zu einem Übermaß an Ungleichheit führt. Vielleicht hätten die Organisatoren aber doch gut daran getan, grundsätzlich kritische Stimmen zum Liberalismus – oder gegen den Liberalismus – mit einzubeziehen. Lassen sich die bürgerlichen Freiheiten, die heute ja auch von vielen Konservativen und Sozialisten hoch ge-

schätzt werden, eigentlich aufrecht erhalten, wenn man unter dem Ziel sozialer Gleichheit die liberale Wirtschaftsordnung opfert?

Dass man sich von Etiketten nicht in die Irre führen lassen sollte, wird in dem Beitrag des Freiburger Zeithistorikers Philipp Müller deutlich. In der Zeit zwischen den Weltkriegen hatte der Ausdruck „Neo-Liberalismus“ eine völlig andere Bedeutung: gerade nicht als Marktradikalismus, sondern als Suche nach einem „Kapitalismus der Vermittlung“ durch Absprachen zwischen den Sozialpartnern – allerdings, wie Müller gleich hinzufügt, mit einer bedenklichen Offenheit gegenüber autoritären Problemlösungen.

Und der Begriff „Sozial-Liberalismus“ bezog sich in seinem Ursprung nicht auf die Koalition von SPD und FDP 1969. In den 1920er Jahren, berichtet der Hamburger Sozialwissenschaftler Tim B. Müller, entwickelten die Staatssekretäre im Reichswirtschaftsministerium, Julius Hirsch und Ernst Trendelenburg, unter diesem Titel Konzepte, der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ein soziales Korrektiv einzufügen. Darin lag zweifellos auch eine Antwort auf die Herausforderung, dass das liberale Stammmilieu im Vergleich zu jenem der Arbeiterparteien und des katholischen Zentrums recht schmal war. „Der Sozial-Liberalismus war die Aktualisierung von Adam Smith‘ Liberalismus unter den Bedingungen der Massendemokratie nach dem Ersten Weltkrieg“ schreibt Müller nicht

ohne Pathos und deutet die Aktualität dieser Überlegungen an: „Wer heute die angelsächsische Wirtschaftspresse liest, vernimmt erneut diese Botschaft: Man müsse den Kapitalismus zähmen, regulieren, sozial gerechter machen, damit er überleben kann.“

Außerhalb der Wirtschaftspresse fällt die antikapitalistische Polemik be- greiflicherweise schärfer aus; Wirsching verweist auf zwei Welterfolge aus dem Jahr 1987: Oliver Stones Film „Wall Street“ und Tom Wolfes Roman „Fegefeuer der Eitelkeiten“. Stone und Wolfe wollten den amerikanischen Glauben an die Harmonie von Markt und Moral, über den sich bereits Tocqueville so gewundert hatte, als Illusion entlarven. Jedenfalls in der Epoche Ronald Reagans – Doering-Manteuffel stellt fest, unter Präsident Franklin D. Roosevelt, in den 1930er und 1940er Jahren, sei die amerikanische Politik „sozialliberalisiert“ worden. Detail am Rande: Unter dem Eindruck der politischen Kultur in den USA rückte Max Horkheimer vorsichtig von seinem berühmten und bis heute viel zitierten Satz ab, wer vom Kapitalismus nicht reden solle, solle auch vom Faschismus schweigen. Angesichts des amerikanischen Krieges gegen Nazi-Deutschland kam ihm diese Entgegensetzung nicht mehr so recht glaubwürdig vor.

Eine Lücke muss der Band, der sich auf Westeuropa und Nordamerika konzentriert, bei den Entwicklungen im Rest der Welt lassen. Anders als die europäischen Nationalbewegungen

des 19. Jahrhunderts, merkt der Trierer Historiker Lutz Raphael an, haben sich die „nationalen Befreiungsbewegungen“ in der Dritten Welt als „dezidiert antiliberal“ erwiesen; das Ende der Kolonialepoche stellte eben andere Fragen als das Zeitalter der Revolutionen in Europa. Vielleicht noch empfindlicher: Auch die Verflechtungen zwischen der Dritten Welt und dem liberalen Wirtschaftssystem in Europa und Nordamerika sind ausgeklammert.

Die frühe Geschichte der Bundesrepublik Deutschland skizziert der Hamburger Sozialforscher Jens Hacke als „Diffusion liberaler Denkmotive“ – sowohl in den „sich rapide säkularisierenden christlichen Unionsparteien“ als auch in der Sozialdemokratie, die sich spätestens mit dem Godesberger Programm von alten Sozialismuskonzeptionen ab und der „sozialen Marktwirtschaft“ zuwandte. Für den parteipolitischen Liberalismus, in Form der FDP, „wurde

es zusehends schwieriger, die eigene Programmatik als ‚reine Lehre‘ davon abzusetzen.“ Hacke legt keine Erfolgs- und Misserfolgskurve der FDP vor, spricht jedoch offen aus, was sich seiner Meinung nach da zeigen würde, und zwar bis ins frühe 21. Jahrhundert hinein: Immer dann sei die FDP in Existenzkrisen geraten, „wenn sie ihren programmatischen Gehalt auf marktliberale Forderungen verengte und den normativen Kern des Liberalismus vernachlässigte“.

Liberalismus im 20. Jahrhundert,
herausgegeben von Anselm Dörring-Manteuffel und Jörn Leonhard, Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2015, ISBN 978-3-515-11072-3, 39,- €

